

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18

Mittwoch, den 22. Januar 1896

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Aus dem Reichstage. Heute nahm die Staatsberatung ihren Anfang. Das Haus war schwach besetzt, wie es bei der zweiten Lesung des Etats um fast zur Regel geworden ist. Verhandelt wurde auf besonderen Wunsch des Herrn Stephan, dessen erschütterte Gesundheit einen baldigen Urlaub nöthig macht, zunächst der Postetat. Die Wanderungen durch dieses Gebiet der Reichsverwaltung sind für den Reichstag nicht besonders erquicklich. Außerordentlich ist zwar Alles in bester Ordnung; Herr Stephan kann Jahr um Jahr mit hohen Ueberhäufen paradien. Aber im Innern der Verwaltung ist Lähmung und Stillstand eingetreten; nirgends mehr zeigt sich frisch-fröhlicher Fortschritt, den Anforderungen des wachsenden Verkehrs fügt man sich widerwillig oder gar nicht. Man braucht nur einen Blick auf das griesgrämige, müde Gesicht des Staatssekretärs zu werfen, um über die Gründe hierfür nicht in Zweifel zu sein. Und von dem Nachwuchs ist, soweit der Unterstaatssekretär Fischer in Betracht kommt, wohl auch nicht zu viel zu erhoffen. Herr Stephan hatte sich heute nicht nur die Unterstützung dieses Mannes erbitten, sondern vielleicht in Anbetracht der Unzulänglichkeit dieser Hilfe auch noch die des Schatzsekretärs des Grafen von Posadowsky. Nur die einleitende Rede hielt er selber, in der er seiner Verwaltung, was ja sonst Niemand mehr thut, selber Lobspprüche spendete; die Antwort auf die vielen Angriffe, denen er in der Debatte ausgesetzt war, überließ er seinen beiden Gehülfen. Die Angriffe gingen von fast allen Seiten des Hauses aus. Nur ein Verteidiger entstand ihm in Herrn von Stumm, dessen gleichgestimmte Seele die Maßregelung der Mitglieder des Postassistenten-Verbandes als Aufrechterhaltung der Disziplin feierte. Von unserer Seite sprach Singer, der den Revers der Medaille aufdeckte und besonders gründliche Kritik an den Maßnahmen der Postverwaltung übte. Vom Centrum kamen drei Redner, die Abgg. Schäfer, Vogens und Hige zu Wort. Der mittlere, der heilige Joseph aus Erier hielt, was er seit zwanzig Jahren thut, wieder einmal die Rede für größere Sonntagsruhe der Postbeamten. Außerdem sprach noch der Antisemit Werner. — Die Debatte wurde auf morgen vertagt.

Berlin, 20. Januar.

19. Sitzung.
Am Bundesrathstische: Graf v. Posadowsky, Dr. von Stephan, Dr. Fischer.
Präsident von Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.
Das Haus tritt in die zweite Lesung des Etats ein. Die Beratung beginnt mit dem Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung und dem Etat der Reichsdruckerei. Beim Titel „Staatssekretär“ (Mk. 24000) nimmt das Wort: Staatssekretär Dr. v. Stephan, der ein Bild der Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens in Deutschland während der letzten 25 Jahre giebt. Das Netz der Anstalten ist größer als in einem anderen Lande Europas; nur das Gebiet der Vereinigten Staaten überrifft Deutschland, was wegen der Größe des amerikanischen Gebietes natürlich ist. Auf je sieben Örtler im ganzen deutschen Gebiet entfällt jetzt schon eine Postanstalt; im Ganzen giebt es jetzt 28263 Postanstalten und 17800 Telegraphenanstalten. Die Zahl der Post- und Telegraphenbeamten ist von 42000 auf 155000 gestiegen, die der Postarten von 7 auf 441 Millionen gestiegen, im Ganzen sind 2 1/2 Millionen Postsendungen bestellt worden. Auch die Ueberhäufe sind gestiegen, die die Verwaltung an die Reichskasse abliefern konnte: sie beziffern sich heute auf 25 1/2 Millionen. Die Diskussion wird eröffnet. Zur Beratung steht folgende Resolution der Etatkommission: „Der Reichstag wolle den Beschluß wiederholen, den Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen:“

„Dass die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Pakete von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Weihnachtszeit vom 18. bis 30. Dezember, auf Eisenbahnen beschränkt werde.“

Referent Dr. Bürklin (N.L.) empfiehlt die Annahme dieser Resolution.

Singer (S.D.): Den beständig wiederkehrenden Wünschen des Reichstages hat der Staatssekretär stets nur ein geringes Entgegenkommen gezeigt. Namentlich die Unterbeamten erfreuen sich nicht der Fürsorge, die sie verdienen. Was der Herr Staatssekretär hier vorgeführt hat, entspricht ja den tatsächlichen Verhältnissen, nur hat der Staatssekretär vergessen, mitzutheilen, was die Postverwaltung nicht gethan hat. Die Erhöhung der Gewichtsgrenzen für einfache Briefe ist immer noch nicht eingeführt, ebenso wenig die Kartenbriefe. Die Reichspostverwaltung ist thatsächlich von Privatanklagen überholt worden. Die Blüthe dieser Privatanklagen beweist, daß die Reichspostverwaltung nicht den Bedürfnissen voll entspricht. Die Reichspostverwaltung steht nur auf dem Standpunkte ober Plasmacherei und sucht nicht ihre alleinige Befriedi-

gung in der Bewältigung des Verkehrsbedürfnisses. Der Staatssekretär sprach von dem wohlgenährten Unterbeamten, der sich ihm gestern vorgestellt hat. Er wird unter seinen Unterbeamten sehr viele hochläufige, überarbeitete und schlecht ernährte Gestalten finden. Die vorgeschlagene Resolution unterstützt ich. Man hat dieser Resolution den Einwand gegenübergestellt, sie führe zum puritanischen Sonntag. Die Resolution hat damit gar nichts zu thun. Wie die Leute den freien Sonntag verbringen, ist ganz gleichgültig, die Hauptsache ist, daß sie den Sonntag freihaben. (Sehr richtig!) Ich sehe keinen Grund ein, warum sich die Reichspostverwaltung gegen die Annahme dieser Resolution wehrt, sie ist sehr gut durchzuführen. Die Sonntagsruhe der Beamten steht höher, als daß die Sonntagsgeburtstagskinder ihre Pakete auch am Sonntag erhalten. Den Schalterbeamten wäre sofort ein freier Nachmittag zu schaffen, wenn die Schalterstunden Vormittags von 8-10 und 12-1 gelegt würden. Die Beamten senden uns fortwährend Mittheilungen, daß trotz der Verfügungen seitens der Verwaltung im Reichstage es mit der Sonntagsruhe der Beamten noch sehr schlecht bestellt sei. Auf dem Gebiete der Anstellung existirt eine Reihe von Ungleichheiten, die im Interesse der Beamten beseitigt werden müssen. Wie sehr man noch im Maske der Gerechtigkeit, bewende eine Anweisung über Urlaubsbewilligung. Den höheren Beamten wird Urlaub bis zu 14 Tagen, den Unterbeamten aber nur in besonders dringlichen Fällen bis zu 7 Tagen bewilligt. Warum dieser Unterschied? Durch besondere Verfügungen wird den Beamten das Urlaubnehmen obendrein ganz unmöglich gemacht. Dabei sollte doch jeder Beamte im Jahre einmal auszuwandern dürfen. In vielen Privatschäften, namentlich in unserer Partei, aber auch in anderen Kreisen, sind Vorkehrungen getroffen, daß jeder Arbeiter eine Woche und mehr Urlaub erhält. In England ist das Urlaubsgeld schon sehr ausgedehnt und es sollte der Postverwaltung, die in sozialer Fürsorge angeblich unübertroffen dasteht, nicht möglich sein, allen ihren Beamten einen Urlaub zu gewähren? Die Kantonen sind in letzter Zeit herabgesetzt worden, aber die Ueberhäufe den Beamten, die noch höhere Kantonen erlegt haben, nicht zurückgezahlt worden. Dieser Mißstand sollte doch bald beseitigt werden. Ein oft beregter Uebelstand ist die Verwendung von Militärpersonen in der Postverwaltung während der Weihnachtszeit. Bei der großen Arbeitslosigkeit ist es doppelt bedauerlich, wenn das Militär den Arbeitern Konkurrenz macht. Die Gründe der Verwaltung sind nicht stichhaltig; es giebt unter den Arbeitern genug zuverlässige Leute. Die Maßregelungen haben in der Verwaltung auch nicht aufgehört. Das Organ des Assistentenverbandes bringt wieder einige eklatante Fälle. Es ist ein Mißbrauch, wenn sich die Verwaltung um das Privatleben ihrer Beamten kümmert. Sie können doch nicht verlangen, daß die Beamten nur Vereinen beitreten, in denen von patriotischen Mitgliedern dem Staatssekretär ein Kurrah nach dem andern gebracht wird! Die Animosität gegen den Assistentenverband in der Verwaltung ist immer noch nicht verschwunden. Ich muß hier noch einen Vorfall besprechen, der offensichtlich dem Staatssekretär unbekannt ist. Es handelte sich um die künstlich hervorgerufene Berehrung der Vorgesetzten. Die Beamten werden aufgefordert, sich ein Bild des Staatssekretärs anzuschaffen. Ich hoffe, der Staatssekretär hat von diesem Unfug keine Kenntnis; er hat aber die Verpflichtung, persönlich dagegen aufzutreten, daß den Beamten für solche Zwecke das Geld aus der Tasche gelockt wird. Es wird doch auch Beamte geben, die glauben, sie bringen sich in eine bevorzugte Stellung, wenn sie dieses Bild anschaffen. Noch mehr Beamte wird es geben, die von der Nichtanschaffung des Bildes Nachteile für sich befürchten, umso mehr, als durch Zirkularverfügung der vorgelegten Behörden zum Kauf dieser Bilder aufgefordert wird. Ich möchte schließlich noch einmal den Wunsch aussprechen, daß den Unterbeamten mehr Fürsorge geschenkt wird, daß den tausenden und aber tausenden Postproletariern ein menschenwürdiges Dasein geschaffen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Schäfer (Z.) bedauert gleichfalls, daß die Reichspostverwaltung so wenig Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichstages zeige. Deshalb habe die Resolution auf Erweiterung der Sonntagsruhe im Paketverkehr wiederholt werden müssen. Wünschenswerth erscheint seiner Partei die Beschränkung der Schalterstunden am Sonntag für den Postverkehr. Die Stunden des Hauptgottesdienstes müßten auf jeden Fall dienstfrei bleiben. Die Maßregelungen der Mitglieder des Postassistentenverbandes würden von allen Parteien des Hauses verurtheilt; trotzdem kämen immer wieder Maßregelungen aus diesem Grunde vor. Auch die Bevorzugung der Militärämter in der Postverwaltung sei sehr beklagenswerth. Redner wünscht, daß bei der Neuorganisation des Postzeitungsstarifes nicht diejenigen Blätter geschädigt werden, deren Herstellungskosten an sich bedeutend höher seien, als die der billigen Blätter, denen durch die große Zahl ihrer Inserate bedeutende Einnahmen zufließen. Das Gewicht der Zeitungen müsse demnach berücksichtigt werden, nicht die Höhe der Abonnementsgelder.

Dr. Vogens (Z.) vertheidigt die von der Kommission vorgelegte Resolution und tritt im Uebrigen für die Sonntagsruhe der Postbeamten ein.

Werner (Antis.) beklagt gleichfalls das mangelnde Entgegenkommen des Staatssekretärs gegen die Wünsche des Reichstages. Wann wird das zulässige Gewicht für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht werden? Wann werden die Fernspreckgebühren von 150 Mk. auf 100 Mk. herabgesetzt werden? Wie steht es mit der Sonntagsruhe der Beamten? Ein Postdirektor ließ an einem Sonntag seine Beamten Briefe zählen und nachwiegen. Auch eine Sonntagarbeit, die vielleicht deshalb vorgenommen wurde, weil der Assistentenverband an diesem Tage Versammlung hatte. Endlich einmal müssen die leidigen Maßregelungen aufhören. Die Gratifikationen kommen in der Hauptsache den höheren Beamten zu Gute; vielfach wird dabei nach Gunst verfahren. Gegen diese himmelschreiende Uebelstände müsse die Volkvertretung ihre Stimme erheben.

Von den Abg. Dr. Vogens und Genossen liegt folgender Antrag vor: Der Reichstag wolle beschließen: „Der Herr Reichskanzler zu ersuchen, darauf einzuwirken, daß in Ueberviegend katholischen Postbezirken an den Tagen Allerheiligen und Frohnleichnam

den Postbeamten dieselbe Ruhe gewährt werde, wie an den Sonntagen.“

Freiherr von Stumm (N.P.) bestritt, daß das ganze Haus das Verhalten der Postverwaltung gegen den Assistentenverband verurtheile. Er und die Rechte hätten die Postverwaltung vielmehr stets in der Aufrechterhaltung der Disziplin begünstigt. (Sehr richtig! rechts.)

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe, die Herabsetzung der Telegraphengebühren und die Reform des Zeitungsstarifes würden einen Ausfall von 15 Millionen Mark verursachen, der durch Zunahme des Betriebes durchaus nicht gedeckt werden würde. Der wirkliche Ueberfluß der Postverwaltung hat nach dem Abzuge der Bankkosten und Zinsen nur 18 1/2 Millionen Mark betragen. Erst wenn andere Einnahmen aus dem Reichstage zur Verfügung gestellt werden, sind wir in der Lage, auf diese 15 Millionen zu verzichten und uns mit dem geringen Betrage von 3 Millionen zu begnügen, der durch Gratiifikationen der Staatsbeamten für die Post zum größten Theil noch aufgewogen wird. Solange den Einzelstaaten ihre Finanzlage noch die äußerste Einschränkung auferlegt, können die Regierungen den Wünschen des Reichstages in dieser Hinsicht nicht nachkommen. Was die Reform des Postzeitungsstarifes betrifft, so werden wir unsere Vorschläge dem Bundesrath vorlegen. Die leitenden Gesichtspunkte sind dabei, daß erstens die Abonnementsgebühr, zweitens aber auch das Gewicht der Sendungen berücksichtigt werden soll. Wir hoffen, ihn nach den Grundrissen der Gerechtigkeit aufgestellt zu haben.

v. Jazdzewski (Pole) beklagte sich darüber, daß in seine Heimath so viele Postbeamten gesandt würden, die nicht polnisch sprächen.

Staatssekretär Dr. Fischer: Die Vorwürfe, daß wir keine Rücksicht auf die Wünsche des Reichstages nehmen, sind vom Schatzsekretär bereits zurückgewiesen worden. Wir haben auch in Betreff der Sonntagsruhe alles Mögliche gethan. Wir haben, von den Schalterdienst am Sonntag Nachmittag auf eine Stunde beschränkt, ebenso ist der Begleitdienst auf den Eisenbahnpostwagen wesentlich eingeschränkt worden. Die in der Resolution Vogens' angeführte Frage wird von der Verwaltung mit Wohlwollen behandelt werden. Was die Klagen der Herren Singer und Werner betrifft, so schienen sie mir mehr mit der Untheil der Stimmen als mit Thatsachen begründet zu sein. Die Dienstamweisung, die der Abg. Singer über die Urlaubsverhältnisse vortrug, existirt nicht mehr, sie ist eine alte Dienstamweisung, die außer Kraft gesetzt ist. Es handelt sich aber nicht um Erholungsurlaub, sondern um Urlaub, der aus sonstigen Begründungen verlangt wird. Erholungsurlaub haben in Berlin im Vorjahre 86 pCt. der Unterbeamten erhalten. Die Rückzahlung der Kantonen ist nicht so einfach, wie sie sich der Abg. Singer vorstellt. Die Kantonen sind in Staatspapieren niedergelegt und lassen sich nicht so leicht einwechseln. Die Verwendung von Soldaten im Weihnachtverkehr ist nicht bedeutend. Wir beschäftigen 3000 Hülfsarbeiter; drei Viertel davon sind aus dem Zwangslande entnommen. Ueber den Postassistenten-Verband habe ich mich schon wiederholt ausgesprochen, ich habe meine Anschauungen nicht geändert, enthalte mich aber heute noch einmal darauf zurückzukommen.

Hige (Z.) läßt eine weitere Beschränkung des Schalterdienstes am Sonntag Nachmittag, besonders was die Paketaufgabe und Aufgabe anlangt, für sehr wohl angängig. Er empfiehlt die Kommissionsresolution und demnach auch die Resolution Vogens zur Annahme.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Post festum. Nicht ein Weihetag gemeinsamer Begeisterung, sondern der Schmerzentag einer zerrissenen Volkseele ist, so schreibt die Wochenschrift „Ethische Kultur“, der 18. Januar als nationaler Festtag, in einem Artikel, der uns heute erst zu Gesicht kommt. Dann heißt es weiter:

„Dem Begründer des neuen Reiches naht sich ein Theil des Volkes in tiefster Dankbarkeit und preist das Werk von Blut und Eisen als den Gipfel deutscher Kulturentwicklung; ein anderer Theil beklagt die gewaltige Schöpfung als den Ausgangspunkt unserer sittlichen Verwilderung; das arbeitende Volk steht abseits voll Haß und Verachtung. „Ihr seid undankbar gegen die gefallenen Helden“ — so rufen die Eimen; — „auch wir haben unsere Todten und Märtyrer“ — so hallt es zurück — „sie starben und litten für einen Einheitstraum des Rechts und der Freiheit; wir entehren ihr Andenken, wenn wir das Gewaltreich feiern!“

Mit sittlichem Ernst werden hierauf die Gründe entwickelt, welche deutsche Männer von der Theilnahme an dem Feste fernhalten dürften:

„Schon vor fünfundsiebenzig Jahren haben sich deutsche Patrioten erhoben, welche der beginnenden Gewaltpolitik zu bedenken gaben, daß durch Blut und Eisen niemals ein einzig Volk von Brüdern geschaffen werden könne. Sie vereinfachten völlig, als die glänzenden Leistungen der Bismarck'schen „Realpolitik“ den

Beweis zu liefern schienen, daß in den großen Lebensangelegenheiten einer Nation nicht die Uebereinstimmung mit den sittlichen Mächten, sondern die kraftvolle Selbstsucht das alleinige Recht und den alleinigen Erfolg habe. Nach diesem Glaubensbekenntnis ist unter triumphirender Nichtachtung verlorger Rechte die militärische Machtstellung Preußens gegründet und der große Krieg vorbereitet worden, nach diesem Bekenntnis ist schließlich die besiegte Nation ohne jede Großmuth lediglich nach strategischen Gesichtspunkten gedemüthigt worden. Unter dem gleichen Zeichen stand die innere Politik der letzten Jahrzehnte: Realpolitik, d. h. Menschenverachtung, Mißtrauen und Ausföhrung mit der Gewissenlosigkeit im Dienste des Machterfolges.

„Wir haben heute 25 Jahre dieser Realpolitik hinter uns. Sieht uns nun der gegenwärtige Anblick des Deutschen Reiches ein Recht, das Einigungswert von Blut und Eisen zu feiern? Oder haben jene Schwärmer Recht behalten, welche die Erziehung zur Großmuth und Gerechtigkeit als den einzigen Weg zur Einigung und das Gewissen als die höchste staatsverhaltende Kraft bezeichneten?“

„Nun — wir haben wohl den Bruderzwist der deutschen Volksstämme überwunden, aber der Geist der rücksichtslosen Selbstbehauptung ist aus den Sieges-trophäen des neuen Reiches wie ein schleimendes Gift in das Herz der neuen Nation gedrungen und hat dort die heilige Scheu vor dem Rechte des Anderen zerstört und wie ein Fluch die freudige Entfaltung unserer inneren Einigkeit niedergehalten.“

„Das Deutsche Reich ist aber ein Schauplatz wilder und unersöhnlicher Erbitterung der Parteien, der Klassen und der Massen geworden, ein Gegner kündigt dem anderen die Volksgemeinschaft auf, blutige Drohungen erheben täglich lauter ihre Stimme, der Name des Vaterlandes hat alle versöhnende Weihe verloren, wird täglich mißbraucht zur Heiligprechung schänder Interessenbewegungen. Wer vermag bei diesem Anblick in feilliche Stimmung zu gerathen?“

„Wahrlich, nicht die Sozialdemokratie ist vaterlandslos, sondern wir Alle sind vaterlandslos, es fehlt uns Allen die erhebende Lebensluft einer einheitlichen brüderlichen Kulturarbeit mit all' ihrem edlen Wettstreit; der dämonische Versuch, den Deutschen durch Blut und Eisen ein Vaterland zu schaffen, ist nicht nur gescheitert — nein, er hat uns nur noch tiefer in das Elend der Entzweiung zurückgeworfen.“

„Musste nicht die Ehrfurcht vor den sittlichen Mächten bis in die kleinsten Lebensverhältnisse erschüttert werden durch die blendende Thatsache, daß ein so ideales Werk wie die Verbrüderung der deutschen Stämme und die nationale Wiedergeburt unseres Volkes sich unter der Herrschaft des Rechts des Stärkeren vollzog? Tausende von Deutschen sind Angefichts dieser Thatsache an ihrem völkerverbindenden Idealismus irre geworden und haben ihren Frieden mit dem Geiste der Realpolitik gemacht. Aber wenn einmal der Sinn für die tiefbegründete Solidarität der Kulturwelt entwerthet, wenn das Höhenbild der nationalen Macht auf dem Altar der weiblichenden Humanität gestellt ist, dann geht auch dem inneren Leben der Nation der sittliche Idealismus verloren, der den Einzelnen über seinen Interessenkreis hinaus mit dem allgemeinen Leben verbindet; denn die bloße nationale Macht ist kein veredelndes Ziel des Strebens, es hält in uns beständig die Bestie der Vergewaltigung wach, es stimpft uns ab gegen das Bedürfnis nach Einklang unseres Glückes mit dem Glück der Anderen und trägt schließlich die brutale Begehrlichkeit in alle menschlichen Beziehungen hinein. Das Ende der Machtpolitik ist Zusammenbruch alles Gemeinschaftslebens; denn die zerstörenden Instinkte, die sie zu kurzen Kräfteerfolgen nach außen zusammenzuballen weiß, sie entladen sich stets auch nach innen und zerprengen dort die Bande sozialen Zusammenwirkens. Die Idealpolitik ist die einzige Realpolitik, weil sie allein die aufbauenden Kräfte der Menschennatur in ihren Dienst zu stellen vermag.“

Wie ganz anders nimmt sich dieser Artikel gegen die hyperpatriotischen nationalliberalen Schönfärbereien aus!

Der frühere „Reichsglöcker“ Joachim Gehlsen hat ein Flugblatt veröffentlicht, das die Affaire seiner Thätigkeit als englischer Korrespondent für die Stummische „Post“ und seine Kündigung behandelt. Wichtiger als dieser Zwist, der sich um die unbedeutende Person Gehlsen's dreht, ist ein Brief des früheren Chefredakteurs der „Post“, des Dr. Kayhler, worin dieser über Undank seitens der Regierung klagt, der er doch viele Gefälligkeiten und Dienste erwiesen habe. Gehlsen sagt endlich:

„Wie mir Herr Dr. Kayhler weiter mittheilte, hat er, „um das Stückchen Mensch in ihm selbst zu retten,“ sich besonders dagegen aufgelegt, daß Herr von Tiedemann allzu oft im Namen des Reichszanzlers mit einem Ulas erschienen sei, der ihm als bestimmt für die jeweilige Haltung der „Post“ vorgelesen wurde.“

Mit diesem seitens der „Post“ nicht abgestrittenen Geständnis aus der Reptilienhöhle vergleiche man folgende Worte des damaligen Reichszanzlers, Bismarcks, nach dem stenographischen Bericht der Reichstags-Sitzung vom 9. Februar 1876:

„Ich meine „Die Post“, um sie beim Namen zu nennen, für die ich habe meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten den, der „Krieg in Sicht“ überschrieben war.“

Und als Windthorst die Richtigkeit dieser Erklärung anzweifelte, erwiderte der damalige Reichszkanzler, daß er amtlich stets die Wahrheit gesagt habe und war sehr entrüstet über seinen Zweifel. Vielleicht äußert sich der Schloßherr von Friedrichsruh über diesen an-muthigenden Widerspruch,

Die Interpellation Graf Schwerin-Szmulka-v. Bloch wegen der gemischten Transittlager soll dem Vernehmen nach für die nächste Zeit noch nicht zur Verhandlung gestellt werden.

Schiffkammern. Der Schifferverband Justitia (Sitz in Mannheim) hat in Koblenz unter dem Vorsitze des Abg. Wassermann seine Hauptversammlung abgehalten und beschlossen, an den Landtag und Reichstag eine Petition wegen Errichtung von Schifferkammern zu richten.

Auch ein Majestätsbeleidiger. Als ein moralisch total herabgekommenen Mensch bezeichnete sich selbst ein Angeklagter, der am Freitag der 2. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin vorgeführt wurde. Es war der 25jähr. Zimmermann Ernst Hertwig, ein Mensch mit gesunden Gliedmaßen und guter Schulbildung, der aber mit einem unüberwindlichen Hang zum Müßiggang behaftet ist. Mit höhnischem Lächeln bestätigte er die Richtigkeit des ihm vorgehaltenen langen Vorstrafen-Registers. Der Vorsitzende hielt ihm vor, daß er sich selbst in einem Briefe erpresserischen Inhalts als moralisch total herabgekommen bezeichnet habe. „Tavohl, das bin ich auch,“ erklärte der Angeklagte frech. „Sie sind aber arbeitscheu?“ — „Nun in den letzten Jahren habe ich doch arbeiten müssen, ich bin ja aus dem Gefängnis wenig herausgekommen.“ Jetzt wurde dem Angeklagten Erpressung, Betteln, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Majestätsbeleidigung, Beamtenbeleidigung und Bedrohung zur Last gelegt. Mit zynischem Lächeln gestand er alles ein, es war ihm augenscheinlich darum zu thun, ein recht hohes Strafmaß zu erzielen. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis, fünfjährigen Ehrverlust und Ueberweisung an die Landes-Polizeibehörde.

Die Suche nach Majestätsbeleidigungen nimmt bisweilen schon einen förmlich krankhaften Charakter an. Mittwoch hat ein konservativer „Königstreuer“ sogar gegen die auf der Journalisten-Tribüne des Abgeordneten-hauses in Berlin thätigen Parlaments-Berichterflatter eine Denunziation angebracht, worüber die „Volksztg.“ berichtet: Der Bureau-Direktor sandte einen Beamten auf die Journalistentribüne, der feststellen sollte, welche Journalisten bei dem unten im Hause ausgebrachten Hoch auf den Kaiser und König sitzen geblieben seien. Der Beamte traf nur noch einen Redakteur an, einen konservativ-nationalliberalen Herrn. Der meinte, es sei wohl möglich, daß er nicht aufgestanden sei, und begab sich zum Bureau-Direktor und setzte ihm die Verhältnisse auseinander, unter denen der Tribünen-Journalist zu arbeiten hat. — Wenn auch natürlich die ganze Sache nur von der humoristischen Seite aufzufassen ist, so ist der Humor, der in solchen Vorgängen liegt, doch nicht bitter.

Wieder ein Gemafregelter! Dem christlich-sozialen Pastor Wittenberg in Liegnitz hat der Vorstand des schlesischen Provinzialvereins für innere Mission jetzt in der That die Stellung als Vereinsgeistlicher gekündigt. Der Anlaß dazu war, daß Pastor Wittenberg sich an der Gründung einer christlich-sozialen Vereinigung für Schlesien betheiligte. Das Respektreiben gegen den „Pastorensozialismus“ dauert also fort.

Einem neuen Skandal für die Konservativen fürchtet das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“. Das Blatt schreibt: „Es geht das Gerücht um, daß (der flüchtige Rechtsanwält) Friedmann, sich Theile der Koblenzer Akten angeeignet habe und diese buchhändlerisch zu verwerthen gedanke. Thäte er das, so würde ein höchst peinlicher Skandal die Folge sein. Jetzt liegt außerordentlich viel daran, daß das Vorhaben Friedmanns durchkreuzt werde.“ Aber wie? Vielleicht sind die Materialien schon in dritter Hand? Der Vorsicht halber!

Die Marine-Offiziere sind jetzt wieder in gewohnter Weise bei der Arbeit, um die Stimmung für eine möglichst große Kreuzerflotte zur Unterstützung einer „Weltpolitik“ Deutschlands zu beleben. Solchen marine-offiziösen Artikeln begegnet man im „Hamb. Corr.“ und in der Münchener „Allg. Ztg.“

Ein gutes Beispiel, wie man innerhalb dreiviertel Jahren seine Gesinnung ändern kann, giebt der Berliner Professor Dr. Heinrich Dernburg. Im vorigen Frühjahr bekämpfte er im Herrenhause den Entwurf zum bürgerlichen Gesetzbuch auf das Festigste, weil er ihm von seinem Ideal, „einem auf volksthümlicher Grundlage ruhenden klaren und lebendigen Rechte“, allzuweit entfernt schien. Und noch vor einigen Monaten schrieb er in der Vorrede zu seinem Privatrecht, daß der Entwurf verfehlt sei, und daß die Gefahr vorliege, seine Annahme werde zur Zerrüttung der deutschen Verhältnisse beitragen. Heute aber singt in einer kleinen juristischen Arbeit (Persönliche Rechtsstellung nach dem bürgerlichen Gesetzbuch) derselbe Herr Professor demselben bürgerlichen Gesetzbuch folgenden Lobhymnus: „Die Lichtseiten des gewaltigen Ereignisses, das sich vorbereitet, treten in den Vordergrund. Nicht länger wird in Deutschland fremdes Recht in seiner Unform gelten. Dasselbe Recht dient dem Verkehr im ganzen Bereich aller deutschen Lande, giebt dem deutschen wirtschaftlichen Leben dieselbe Richtung und bestimmt die Anschauungen der Gesamtnation in einheitlicher Weise. Wer könnte sich dem Zauber dieses Wortes verschließen: ein Kaiser, ein Reich, ein Recht! Mag die Rechtsreinheit, der Mangel des Gesetzbuches ungeachtet, dem deutschen Patriotismus neue Flügel geben, der deutschen Rechtsprechung frisches Leben einhauchen und die deutsche Rechtswissenschaft befruchten!“ Es geht doch nichts über eine professorale Wetterfahne, die sich dreht, wie der Wind von oben weht.

Befähigungsnachweis. Im sächsischen Landtage erklärte Staatsminister von Weyß, daß die Regierung im Bundesrath für Einführung des Befähigungsnachweises für das Bauhandwerk eintreten wolle.

Eine scharfe Kritik litt der berühmte Kriminalist Professor Dr. Liszt-Halle in einem Aufsatz in der „Zukunft“ an den kümmerlichen Ansätzen zur Einführung der bedingten Verurtheilung, wie man sie in Preußen und Sachsen beliebt hat. Er faßt sein Urtheil in folgenden Sätzen zusammen:

„In der Gestalt, die Sachsen und Preußen der bedingten Verurtheilung gegeben haben, kann diese nur ein kümmerliches Dasein fristen. Aber der Grundgedanke ist unverwundbar. Einmal anerkannt, wird er in jeder Gestalt sich zur Geltung bringen. Das Reichsgesetz, das ich mit Bestimmtheit erwarte, wenn auch nicht heute oder morgen, wird von den bisher gemachten Fehlern lernen. Dann erst wird man in weiteren Kreisen dem preussischen Justizminister den rechten Dank zollen. Er hat den Bann gebrochen, der jeden Fortschritt auf strafrechtlichem Gebiete hemmte. Das ist sein bleibendes Verdienst. Und mir ist es eine Freude, das öffentlich auszusprechen. Der Wunsch nach dem Besseren soll mir niemals den Dank für das Gute ver-kümmern.“

Professor Liszt wendet sich namentlich gegen die ausschlaggebende Stelle, die auch hierbei die Staatsanwaltschaft spielt. Das Verfahren ist bekanntlich folgendes: Die vollstreckende Behörde (der Erste Staatsanwalt und, soweit amtsgerichtliche oder schöffengerichtliche Urtheile in Betracht kommen, der Amtsrichter) bewilligt in den ihr geeignet erscheinenden Fällen einen vorläufigen Aufschub des Strafantritts und berichtet gleichzeitig an den Justizminister. Der Justizminister bewilligt nach freiem Ermessen die eigentliche Aussetzung des Strafvollzuges bis zum Ablauf einer bestimmten Bewährungsfrist, deren Verlängerung nicht ausgeschlossen ist. Nach Ablauf der Bewährungsfrist beantragt der Justizminister, wenn die Staatsanwaltschaft in ihrem Berichte die gute Führung des Verurtheilten festgestellt hat, die königliche Begnadigung. Mit dieser ist die Strafe endgültig erlassen.“

Diesem Zustand kritisiert Professor Liszt wie folgt: „Es ist der Erste Staatsanwalt bei dem Landgerichte, der über Freiheit und Ehre des Verurtheilten inappellabel entscheidet. Um das einzusehen, braucht man sich nur das vorhin von mir geschilderte Verfahren näher anzusehen. Ein bisher nicht vorbehafteter, aber freimüthiger Gesinnung verdächtigter Bürger wird wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Erste Staatsanwalt hat es völlig in seiner Hand, den vorläufigen Aufschub des Strafantritts zu bewilligen und die eigentliche Aussetzung der Strafvollstreckung zu beantragen oder nicht. Beschwerde und Gnadengesuch haben keine aufschiebende Wirkung. Bis die Entscheidung erfolgt, kann die Strafe längst verbüßt sein. Jedenfalls aber entscheiden die vorgelegten Behörden, entscheidet auch die Krone selbst, auf Grund des staatsanwaltlichen Berichtes. Dieser ist aber um so weniger angreifbar, als ja Alles dem „freien Ermessen“ der Justizverwaltung überlassen ist.“

„Nehmen wir an, die Aussetzung der Strafvollstreckung sei bewilligt worden. Ob die endgültige Begnadigung eintritt oder ob nunmehr mit der Strafvollstreckung Ernst gemacht wird, hängt lediglich von der „guten Führung“ des Verurtheilten ab. Ueber die Führung aber berichtet wieder der Erste Staatsanwalt. Ein ungünstiger Bericht, — und das Schicksal des Verurtheilten ist besiegelt. Soll ich erst weiter ausmalen, welche Macht dem Staatsanwalt damit in die Hand gegeben ist? Soll ich erst nachweisen, daß der Begriff der „guten Führung“ der juristischen Fassung völlig spottet? Wie viele von unseren Ersten Staatsanwälten werden den Verurtheilten der Begnadigung empfehlen, wenn er inzwischen seine politische Gesinnung in einer der Regierung unsympathischen Richtung betheiliget hat?“

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Es verlautet, die Wahl „reform“-Vorlage, die angeblich eine neue (fünfte) Wählerkurie mit allgemeinem Wahlrecht schafft, setze die Zahl der neuen Abgeordneten mit 72 fest, wovon auf Böhmen 18, Galizien 15, Niederösterreich 9 entfallen; jede Provinz bekomme mindestens ein neues Mandat. Das Wahlrecht in der neuen Kurie erhalten alle unbescholtenen eigenberechtigten Männer, die das 24. Lebensjahr erreicht haben.

Wie das „Grazer Tagbl.“ erfährt, ist im Bestinden des österreichischen Thronfolgers, der an Reklipschwind sucht leidet, eine bedrohliche Wendung eingetreten. Dann würde der berüchtigte Erzherzog Otto Thronfolger, der mit seiner Zunkerlavalkade über einen Sarg hinweggesprengt ist und seinen Kavaliere die Intimitäten des Schlafgemaches seiner Frau in „froher“ Festtaune einst hat zeigen wollen.

Belgien.

Eine Rechte und eine Linke, d. h. „eine reaktionäre Masse“ und die Sozialdemokratie — das werden in allernächster Zukunft in Belgien die einzigen Parteien sein. Die Radikalen in Brüssel haben beschlossen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, was nur so viel heißen kann, als in der Sozialdemokratie aufzugehen. Und von den Rechts-Liberalen wird gemeldet, daß sie sich immer mehr mit den Merkmalen vereinigen. Dadurch werden die Parteiverhältnisse dem Volke am besten klar, es giebt auch dort nur ein Hüben und ein Drüben — und das ist gut so!

Lübeck und Nachbargebiete.

21. Januar.

Ueber die Konkurrenz, welche den Gewerbetreibenden von Seiten der vom Staat angestellten und besoldeten Beamten gemacht wird, ist schon oft Klage geführt worden. Hier in Lübeck klagen namentlich die Berufsmusiker über solchen Uebelstand. Daß sich diese Konkurrenz aber auch in anderen Berufskreisen fühlbar macht, beweist folgende Zuschrift, welche uns von einem hiesigen Geschäftsinhaber zugeht:

Es ist meines Wissens allen vom Staat besoldeten Beamten untersagt, ein Nebenberuf zu betreiben. Diese Maßregel erscheint auch geboten, um den Gewerbetreibenden, die doch von ihrem Geschäft leben wollen, keine Konkurrenz zu machen. In Wirklichkeit aber scheint hier in Lübeck eine derartige Konkurrenz doch zu bestehen. Als Invalide der Arbeit beziehe ich eine Invalidenrente von 11 Mk. 30 Pfg. monatlich. Da ich mit einer derartigen Rente meinen Lebensunterhalt nicht gut bestreiten kann, erwarb ich, um einen kleinen Nebenverdienst zu haben, Anfangs Dezember vorigen Jahres mit meinem recht mißthun erworbenen Spargroschen, ein Papier- und Schulentfalten-Geschäft. Sehr bald bemerkte ich jedoch, daß der Absatz meines Geschäftes in keinem Verhältnis stand zu der Anzahl der Kinder, welche die hiesigen Domschulen besuchen. Fremd und mit den hiesigen Verhältnissen unbekannt, zog ich bei einem Geschäftsfreund meiner Branche Erkundigungen über die Ursachen dieses Mißverhältnisses ein und erfuhr nun Folgendes:

„Dem Kusos Christensen von der II. Knabenmittelschule, welcher ein Gehalt von 800 Mk. bezieht, soll es, so erzählt man mir, gestattet sein, in der Domschule mit Schulgebrauchsartikeln aller Art einen Handel zu betreiben. Sämtliche Gewerbetreibende dieser Branche leiden natürlich unter dieser Konkurrenz ganz empfindlich. Doch scheint der eine diese, der andere jene Rücksichten nehmen zu müssen, und so wird dann geschwiegen, um nur nicht etwa hier oder dort anzuklopfen. Ich halte es deshalb für nöthig, daß solchen Mißständen endlich einmal näher getreten wird.“

Wir bringen diese Zuschrift zum Abdruck, zumal auch wir der Ansicht sind, daß der Staat seine Beamten so besolden sollte, daß sie nicht gezwungen sind, anderen Leuten, die doch ihre Gewerbesteuer zahlen müssen, Konkurrenz zu machen. So endlich wird der Reichstag, wenn er nun einmal dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes seine Zustimmung giebt, auch die Bekämpfung eines derartigen Wettbewerbes durch das Gesetz ermöglichen.

Die Ausnutzung der Arbeitskraft der Handlungsgehilfen von Seiten der Unternehmer wird durch ein uns in Folge des Berichtes der letzten Kartellversammlung zugegangenes Schreiben, recht drastisch beleuchtet. Nach der Zuschrift, welche wir in ihrem Wortlaut nicht wiedergeben können, müssen in dem hiesigen Baugeschäft von Rob. Th. Schröder netze Zustände herrschen. Es werden in diesem Geschäft ca. 16—20 Leute beschäftigt. Die Arbeitszeit dieser Leute währt von Morgens 8 bis Abends 8 Uhr. Doch sind Ueberstunden bis zehn Uhr Abends die Regel. Einige Male wurde sogar bis 11 und 12 Uhr Abends gearbeitet. Die einzige in Betracht kommende Pause ist die ca. zwei Stunden währende Mittagspause. Die älteren Leute, welche bei dieser Firma beschäftigt wurden, erhielten einen Tagelohn von 3 Mk. Für die Ueberstunden wurde ebenso wie für die Sonntagsarbeit — es wurde auch Sonntags gearbeitet — nichts vergütet. Vor kurzer Zeit stellte nun die Firma jüngere Hilfsarbeiter an und gab diesen einen Lohn von 2.50 Mk. pro Tag, bezahlte ihnen aber für die nach 8 Uhr gearbeitete Zeit 40 Pfg. pro Stunde. Die älteren Leute, welche die Woche nur 18 Mk. verdienen, fanden natürlich darin eine Ungerechtigkeit, weil die jüngeren Leute auf diese Weise zum Theil bis 30 Mk. verdienen und doch dieselbe Arbeitszeit wie sie, die älteren, hatten. Drei dieser älteren Leute verließen daher in der vorigen Woche an einem Abend um 9 1/2 Uhr das Geschäft. Als sie dies auch am nächsten Tage thun wollten, wurden sie nach dem Grund ihres Fortgehens gefragt. Sie begründeten dasselbe mit der Nichtbezahlung der Ueberstunden. Das Ende vom Liede? — Sie wurden entlassen. So sehr nun auch derartige Vorkommnisse auf die Nothwendigkeit einer Organisation hinweisen, glauben wir doch, daß es noch lange dauern wird, bis die Handlungsgehilfen von dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und der Nothwendigkeit einer Organisation überzeugt sein werden. Weiter sind wir der Ansicht, daß zur Zeit noch der Versuch, unter den Handlungsgehilfen, eine Organisation zu gründen, erfolglos bleiben wird. Zwar wird das solange der Fall sein, als sich nicht in den Kreisen der Handlungsgehilfen selbst die Ueberzeugung durchringt, daß solche Zustände nur durch eine Vereinigung, die sich vollständiger Unabhängigkeit von der Prinzipalität befindet, bekämpft werden können.

Submission. Die Zimmerarbeiten zum Neubau der Forsthalle in Israelsdorf, einschließlich der Lieferung aller Materialien werden im Amtsblatt vom öffentlichen Verding ausgeschrieben. Zeichnungen, Lieferungs-Verzeichnisse und Bedingungen liegen im Stadtbauamt während der Dienststunden zur Einsicht aus und können daselbst gegen Gebührenerstattung von Sonnabend, den 18. d. M. ab, in Empfang genommen werden. Die verschlossenen, mit entsprechender Aufschrift versehen, an das Stadtbauamt einzureichenden Preisangebote werden am Sonnabend, den 25. Januar 1896, Mittags 12 Uhr, in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter, geöffnet und verlesen.

Testamentsverlesung. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abth. II, am Mittwoch, den 22. Januar 1896, Vormittags 11 Uhr, werden verlesen werden: 1. das Testament des am 5. Januar 1896 in Herborn verstorbenen Kaufmannes Johannes Peter Dieblich Deggan; 2. das Testament der am 8. November 1895 in Travemünde verstorbenen Wittve des Lehrers August Heinrich Laht, Anna Sophie Christine geb. Herrmann; 3. das Testament des am 31. Dezember 1895 hieselbst verstorbenen Trägers Hans Heinrich Friedrich Specht; 4. das Testament des hieselbst am 31. Dezember 1895 verstorbenen Rathschöfers Georg Christoph Heinrich Mohde.

Die Beisung des in Berlin verstorbenen Dr. Krüger findet erst am Donnerstag — und nicht, wie wir gestern irrthümlich meldeten, — am Dienstag statt.

Eine Chronik der Verschwundenen werden wir wohl bald onlegen müssen. Erst gestern meldeten wir, daß seit einiger Zeit ein hiesiger Sattlermeister verschwunden sei. Heute bringt man uns die Nachricht, daß seit Sonnabend Abend der Brotträger Teschau, wohnhaft im „Dunkelgrünen Gang“ verschwunden ist. Teschau ist am Sonnabend Abend mit seiner Frau die Badergrube hinuntergegangen und daselbst in eine Wirthschaft eingekehrt, während seine Frau ihre Wohnung aufsuchte. Teschau ist seit dem nicht in seine Wohnung zurückgekehrt. Möglicherweise ist er in dem allgemeinen Trübel am Sonnabend Abend irgend wohin verschlagen ist. Hoffen wir, daß sich der Vermißte bald wieder einfündet.

Eine- und Ausfuhr am Hafen. In der verflossenen Woche sind in unseren Hafen 21 Dampfer und zwei Segler, im Ganzen 23 Seeschiffe eingelaufen. Von den Dampfern brachten 7 an grünen Heringen 13,400 Kisten. Au lebendem Vieh wurden von 8 Dampfern 301 Stück Hornvieh und 78 Schweine nach hier gebracht. Die übrige Ladung der eingelaufenen Dampfer bestand zum größten Theil aus Stückgütern. Die beiden Segler brachten von Neustadt und Heiligenhafen: Mehl, Gerste Roggen und Aste. Ausgegangen sind 11 Dampfer mit Ladung und 7 Dampfer leer oder mit Ballast.

Eine Belohnung von 300 Mk. hat die hiesige Staatsanwaltschaft auf die Ermittlung des Thäters der im Dezember v. Js. in der Dorfschaft Lötje vorgekommenen Brandstiftungen, ausgesetzt.

Ertrunk. n. Gestern meldeten wir, daß unterhalb der Fischstraße ein junger Mensch ertrunken sei. Der Ertrunkene ist ein geborener Lübecker und gelernter Kellner. Sein Name ist Klüss. Zuletzt war derselbe als Fabrikarbeiter in einer hiesigen Mützenfabrik beschäftigt.

Ein Streit unter den Arbeiterinnen entstand am Montag Nachmittag in der Fischkonservenfabrik von Lohrmann an der Wakenmüher. Im Verlaufe des Streites durchstach eine Frau D. mit einem Messer einer Nebenarbeiterin die Hand, wodurch eine Ader zerschnitten wurde. Dr. Meyer legte der Verletzten den ersten Verband an.

Vandalismus. Von einem Hause in der Engelsgrube und von einem Hause im Kolk wurden in der Nacht zum Sonntag die Thürer der Hausthüren abgehauen.

Öffentliche Versammlung. Im Lokale des Herrn Neumann („Berliner Hof“) fand am Donnerstag v. M. eine vom Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eiberufene öffentliche Volksversammlung statt. Ueber das Thema „Kapital und Arbeit“ referirte der Genosse Bartels. Zu seinen Ausführungen wies Redner darauf hin, daß es für alle Arbeiter notwendig sei, sich einer Organisation anzuschließen. Nur durch Zusammenhalten aller Arbeiter sei es möglich, den Ausbeutungsgefahren und Anmaßungen der Kapitalisten einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Daß der Kapitalismus die Tendenz habe, auf der einen Seite eine immer größere Ausbeutung des einzelnen Individuums zu betreiben, auf der anderen Seite das Meer der Arbeitslosen immer mehr zu vergrößern, das habe uns die neueste Gewerbebegünstigung so recht bewiesen. Die Verbesserung der Maschinen und die Fortschritte der Technik machten immer mehr Arbeiter brotlos. Eine neue Zündholzmaschine z. B. liefere den Tag 25 Millionen Zündhölzer, während die bisherigen nur 5 Millionen lieferten. Bei Anwendung der neuen Maschine könnten 2500 Arbeiter ganz Europa mit Zündhölzern versehen, bei der alten wären, um dasselbe Quantum herzustellen, 8000 Arbeiter nöthig gewesen. Die immer größere Konzentration des Kapitals und die Vervollkommnung der Maschinen erfordere einen immer festeren Zusammenschluß aller Kräfte. Schulter an Schulter müßten die Arbeiter kämpfen, nur dann sei die Befreiung des Proletariats von den Ketten der Lohnsklaverei möglich. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In die zur Beitrittserklärung ausgelegten Listen ließen sich 9 Personen einzeichnen, während mehrere ihren Beitritt in Aussicht stellten. Der Verein zählt augenblicklich ca. 70 Mitglieder. Wir wünschen dem jungen Verein, der zur Weite munter weiter entwickeln möge.

Die freiwillige Kranken- und Sterbekasse (Eingekündigte Hilfskasse Nr. 6) zu Lübeck hielt Montag Abend ihre General-Versammlung im Lokale des Herrn Dirckop, Centralhallen, ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Vorstand's, Revisoren- und Botenwahl. 4. Wahl der Delegirten zum Sanitäts-Verband. 5. Wahl der Krankenkassakontrollen. 6. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Die Versammlung wurde um 8 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet und wurde, nachdem das Protokoll der letzten General-Versammlung für richtig befunden war, die Abrechnung vom 4. Quartal sowie die Jahresabrechnung vom Kassirer verlesen. Derselbe führte Folgendes aus: Die Gesamteinnahme betrug 40686,23 Mk., die Gesamtausgabe 37386,08 Mk., mithin wurde im Jahre 1895 ein Reingewinn von 3300,15 Mk. erzielt. Der Vermögensstand der Kasse betrug 1893: 5646,27 Mk., 1894: 10644,83 Mk., 1895: 17107,32; am 1. Januar 1896: 24407,47 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1895: 1475, am 1. Januar 1896: 1582, mithin ist eine Zunahme von 107 Mitgliedern zu verzeichnen. Dieses erfreuliche Resultat wurde mit Freuden begrüßt. Nachdem die Revisoren die Abrechnung für richtig erklärt hatten, wurde zu Punkt 3 der Tagesordnung übergegangen und derselbe erledigt. Im folgenden wurde in dem Bericht der Delegirten zum Sanitäts-Verband hervorgehoben, daß die Vertreter der freiwilligen Kranken- und Sterbekasse in der Versammlung des Sanitäts-Verbandes einen Antrag auf Anschaffung einer Badewanne sowie eines Fahrstuhls gestellt hätten. Dieser Antrag wurde erfreulicher Weise angenommen. Die Badewanne ist bereits angeschafft und steht zur Verfügung der Mitglieder der sämtlichen freien Hilfskassen und deren Familien, soweit dieselben

dem Sanitäts-Verbande angehören. Die Anschaffung des Fahrstuhles steht nahe bevor. Im Verhiebenden wurde noch bekannt gegeben, daß, wenn ein Kranker unter Beihilfe der Invaliditäts- und Altersversicherung einer Heilanstalt überwiesen wird, die Krankenkasse durch das Entgegenkommen der Versicherungskasse nur 1 Mk. täglich zuzuzahlen braucht, während die übrigen 8,50 Mk. noch den Familien der Kranken zu Gute kommen. Ferner wurde ein Antrag auf Errichtung einer Frauen-Sterbekasse angenommen. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Stadelsdorf. Invaliditäts- und Altersversicherung. Im „Ausf. d. Fürstenth. Lübeck“ vom 15. Jan. d. J. wird das Verzeichniß der Vertrauensmänner und deren Erlahmänner der Schleswig-Holsteinischen Invaliditäts- und Altersversicherungskasse für die zweite Wahlperiode, vom 1. Januar 1896 bis zum 31. Dezember 1900, veröffentlicht. Wir entnehmen diesem Verzeichniß das für unseren Kreis in Betracht kommende. Den Namen der Erlahmänner stellen wir in Klammern Gemeinde (Gleichenborn): a) Aus der Klasse der Arbeitgeber: Fuhrer Wilh. Schult in Gleichenborn; Fuhrer Ed. Tedenburg in Sarkow. b) Aus der Klasse der Versicherten: Holzwärter S. Schmidt in Scharbeug; Arbeiter (Heinr. Blohm) in Gleichenborn; Fiedler und Landgemeindevorsteher A. Krensbäl, Gemeinde Gniffau: a) Lederfabrikant Peter Talsch in Ahrensdorf; Bergleutnant (Johann Sicking) in Hohenhorst. b) Arbeiter Heinrich Klobt in Greshagen; Arbeiter (Johann Luisendorf) in Barghorst. Gemeinde Kurau und Obernwohld: a) Fuhrer H. Ra. in Dantenborn; Fuhrer Gustav Wolp in Wilken in Obernwohld. b) Arbeiter S. Kollhoff in Kurau; Arbeiter (H. Pa. d.) in Arckade. Gemeinde West- und St. Katekau: a) Hufenpächter W. Schult in St. Timmenborn; Fuhrer (G. Muech) in Effenborn. b) Arbeiter H. Bruhn in Luchendorf; Arbeiter (H. Vender) in Grammerborn. Gemeinden Schwartau und Reinfeld: a) Vierbräuermeister Emil Lychenheim in Schwartau; Fuhrer Wilhelm Scharbau in Reinfeld. b) Stellmachergehilfe W. Jäde in Schwartau; Arbeiter (H. Tamm) in Gr. Parin. Gemeinde Stodelsdorf: a) Gärtner C. Eichenburg in Stodelsdorf (Marienthal); Erbpächter (H. Bedelhof) in Eckhorst. b) Arbeiter L. Weßfeld Stodelsdorf; Zimmermann (W. Jürgens) in Stodelsdorf.

am Travemünde. Auf Anordnung des hiesigen Gemeinde-Vorstandes wurde das 25jährige Jubiläum der Kaiser-Proklamation erst am Sonntag hier gefeiert. Damit die Betheiligung eine recht rege wurde, ließen einige maßgebende Patrioten von Haus zu Haus und forderten die Arbeiter auf sich doch auch an dem Zuge zu betheiligen. Die Fremdblichkeit dieser Herren fiel um so mehr auf, als sie sonst den Arbeiter nicht kennen, stolz auf ihn herabzublicken, als wenn sie sagen wollten: Was soll ich mich mit meinem Sklaven unterhalten. Da hier nun in Travemünde die Arbeiter allzusehr von dem Unternehmertum abhängig sind, so erreichten die Unternehmer auch, daß ein Theil der Arbeiter sich wohl oder übel betheiligen mußte. Im Uebrigen bestand der Festzug aus dem Kriegerverein, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Handwerkerverein, aus Gesangsvereinen, den Knaben der Schulen und sämtlichen Lehrlingen der hiesigen Handwerker, sowie zwei Wagen der Fischer, einen Wagen der Genossenschafts-Weierei und einen Wagen der Schmiede und Stellmacher. Auch sah man einige Velozipedfahrer im Zuge. Bemerkenswerth war, daß die Arbeiter im Arbeitsanzug den Zug mitmachen mußten, während alles übrige im Festanzug war. Die hiesigen Patrioten wollten jedenfalls deutlich damit zeigen, daß auch in Zukunft weiter Sorge getragen werden wird, die Arbeiter zu knechten. Doch wird sich das Unternehmertum vielleicht geschnitten haben; denn auch für Travemünde ist das wahre Morgenroth aufgegangen. Die Fackel des Sozialismus leuchtet auch hier schon in die Herzen der Arbeiter. Noch ein Kuriosum vom Festzuge möchten wir erwähnen. Die hier arbeitenden fremden Gesellen wurden nämlich aufgefordert, den Festzug in ihrer Walzkluft mitzumachen. Bei den jetzt herrschenden Verhältnissen sollte diese Gruppe im Zuge jedenfalls das Symbol des Arbeitslojen bedeuten. Vernünftigerweise hat sich keiner der fremden Gesellen am Zuge betheiligt. Sie haben dankend abgewunken. Ob man diesen Wink mit dem Zaumpfahl verstanden haben wird.

Dassow. Der hochbetagte Ackerbürger Schröder hat, wie es sich immer mehr herausstellt, seine gut beleumdete Frau mit Ueberlegung mit einem Beile erschlagen. Er empfindet über die That keine Reue und beide Male, als er an die Leiche der Ermordeten geführt wurde, bezeugte er nicht die geringste Gemüthserschütterung.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Börsenkommission des Reichstages nahm § 3 Absatz 1, betr. die Bildung eines Börsenausschusses als begutachtendes Organ, mit verschiedenen Amendements an, wonach der Ausschuß befugt ist, Anträge an den Bundesrath zu stellen und Sachverständige zu vernehmen, wonach ferner dessen 30 Mitglieder auf 5 Jahre anstatt auf 3 Jahre gewählt werden und nur die Hälfte, nicht zwei Drittel, von Handelsorganen vorgeschlagen werden, die andere Hälfte unter Berücksichtigung von Landwirtschaft, Industrie und Handel gewählt wird. Der Absatz 2 bleibt unverändert. Die Kommission nahm ferner die §§ 4 und 5. betr. Erlaß und obligatorischen Inhalt einer Börsenordnung, ebenso den § 6 und einen von den Abgg. Cuny und Graf Oriola vorgeschlagenen § 6a an, wonach der Bundesrath befugt ist, für bestimmte Geschäftszweige die Benutzung der Börsen-Einrichtung zu untersagen oder zu beschränken.

Berlin. Der bekannte Landgerichtsdirektor Brausewetter ist in einer hiesigen Nervenheilanstalt Sonntag seinem Leiden erlegen. Dasselbe äußerte sich in der letzten Zeit wiederholt durch Lobjuchtsanfalle etc. Die Aerzte bezeichneten als Todesursache „akutes Delirium“. Am 18. Januar wurde Brausewetter noch der rothe Adlerorden 4. Kl. verliehen. Die Belohnung für „treu geleistete Dienste“ kam also leider zu spät. — Der Brausewetter ist tot; es leben die Brausewetter!

Jasterburg. An den Bushwärtern Schobert und Kirm ist bei Wiepeningken von Waldarbeitern ein Doppelmord verübt worden. Die Mörder waren den Bush-

wärtern wegen wiederholter Anzeigen von Waldfrevel feindlich gestimmt; als sie nach einer Treibjagd heimkehrten, trafen drei Waldborbeiter den Buschwärter Schobert in Begleitung eines Mannes; sie überfielen die Weiden und bearbeiteten ihre Opfer so furchtbar mit Knütteln und Messern, daß Schobert bald darauf starb. Später begnadeten die Unholde noch dem Buschwärter Rirm, auch dieser wurde erschlagen. Die Mörder sind verhaftet.

Leipzig. Die sozialdemokratische Wahlrechtliga, die zu dem Zwecke gegründet wurde, um gegen die Abänderung des sächsischen Wahlrechts zu agitieren, ist von der Polizei auf Grund des sächsischen Vereins- und Versammlungsrechtes Montag aufgeführt worden.

Strasbourg. Bei der im östlichen Kanton der Stadt Strasbourg i. E. vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten zum Bezirksrathe des Unter-Elsass wurde der sozialdemokratische Kandidat Böhle gegen den klerikalen Kandidaten Mey gewählt.

Kopenhagen. In der größten hiesigen Kaserne entstand, nach dem „Lok. Anz.“, eine Meuterei. Mehrere Offiziere wurden von Soldaten überfallen und durch Messerstiche verwundet. Fünf von den Häufelführern wurden verhaftet.

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung)

(Eingefandt)

Ich wollte eigentlich nicht den kostbaren Raum unseres Parteiblattes in Anspruch nehmen. Leider muß ich von diesem guten

Vorsatz abgehen, um auf das „Eingefandt“ des Vorstandes vom Gefangenenverein „Eintracht“ als Kartellmitglied der Zimmerer etwas zu erwidern. Erstens halte ich meine Neugierigen über die betreffende Angelegenheit mit dem genannten Verein vollständig aufrecht, ohne weiter Beweismittel über die drei ??? im „Eingefandt“ zu empfinden und zwar aus dem einfachen Grunde, weil schon ein altes Sprichwort sagt: „Auf einen groben Holz gehärtet ein grober Keil.“ Hätte sich der „beauftragte“ Genosse von „Eintracht“ in seinen Ausführungen, die, nebenbei gesagt, fast endlos waren, mehr Zurückhaltung angesetzt, so wäre dem Kartell eine unliebsame Debatte erspart geblieben. Was nun die Kritik der des genannten Vereins an den Funktionen des Kartells im Allgemeinen betrifft, so ist doch klar und deutlich der Beweis erbracht, daß man im Vorstande von „Eintracht“ gar nicht einmal weiß, welche Aufgabe das Kartell zu erfüllen hat, sonst würde man nicht, wie es in dem einen „Eingefandt“ heißt, den „Mittler-Kochverein“ als Schöpfung hinstellen, da es doch allgemein bekannt ist, unter welchen Verhältnissen der Verein entstanden ist. Umgekehrt: gerade diejenigen Leute, welche damals den Musikern Brot und Verdienst gesündigt hatten, sobald sie sich organisierten, scheinen die alleinigen „Schöpfer“ von „Eintracht“ zu sein. Anders würde die „Eintracht“ doch wohl nicht dazu hergeben, für jene Leute Handlungsdienste zu verrichten. — Also wo ist das Schöpfung zu suchen? Im übrigen haben es ja alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen bisher bewiesen, welchen Musikern sie bei Abhaltung ihrer Festlichkeiten den Vorzug geben, allen diesen gebührt auch zweifellos Dank und Anerkennung für ihre Bethätigung der Solidarität. Deswegen war auch der vom Gewerkschaftskartell gestellte Antrag am Blage und der deutschste Beweis für die Wichtigkeit derselben war bei der Abstimmung die fast einstimmige Annahme. Im Uebrigen wird es die Zukunft ja beweisen, ob das Kartell recht oder unrecht gehandelt hat.

(Anmerk. d. Red. Alle Einsender bemerken, daß sie den kostbaren Raum des Blattes nicht in Anspruch nehmen wollen — in der That mangelt es uns zur Zeit recht sehr an Raum — und dabei überdies noch fast ein jeder mit einem „Eingefandt.“ Wir glauben ohnehin, daß die streitige Angelegen-

heit genügend geklärt ist und werden daher weiteren Eingefandt die Aufnahme versperren.) D. F.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
 Vom Gesangsverein „Eintracht“ M. 80.—
 Mit den bereits quittierten 687.—
 Zusammen M. 767.—
 wofür herzlich dankt
 Friedr. Meyer & Comp.

Steinfang-Biehmarkt.

Hamburg, 20. Januar.
 Der Schweinehandel verlief flau.
 Abgeführt wurden 1740 Stück, davon vom Norden — Etld. vom Süden — Etld. Preise: Verhandelschweine schwere 40—42 M., leichte 40—42 M., Sauen 33—38 M. und Ferkel 38—41 M. p: 100 Pf.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
 Montag, den 20. Januar.
 10,30 B. D. Aurora, Dissen, von Smögen in 50 St.
 1,— B. D. Orion, Larsson, von Kopenhagen in 17 St.
 Dienstag, den 21. Januar.
 7,40 B. D. Alpha, Brinmann, von Marstrand in 40 St.
 8,30 B. D. Trade, Weisahn, von Reval in 3 Tg.
 Abgegangen:
 Dienstag, den 21. Januar.
 2,20 B. D. Wiborg, Karstedt, nach Hango.
 3,— B. D. Hero, Peterson, nach Marstrand.
 4,— B. D. Libed, Pultman, nach Kopenhagen.
 Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. B: 4,30
 SSW, schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Kurik ist am 20. Januar von Hango auf hier abgegangen.
 D. Neva ist am 20. Januar in Reval angekommen.

Inventur-Ausverkauf

zurückgesetzter Waaren zu ganz bedeutend ermässigten Preisen

Herren-Paletots von 3,50 M. an, Knaben-Anzüge von 75 Pf. an.

Knaben-Paletots, Reiseröcke, einzelne Hosen und Beinkleider.

Einen Posten Prima Hemdentuche in 5 und 10 Meter-Stücken, M. 2,40 und 4,80.

(Qualitäten, die nicht weiter geführt werden).

Einen Posten gute Pelz-Viques in 5 Meter-Stücken, M. 3,25.

Große Restbestände einzelner Qualitäten in Handtüchern, Tischtüchern, Servietten, Wischtüchern

enorm billig.

Rudolph Karstadt.

Blühlich und unerwartet starb am Sonnabend Morgen in Folge eines Unglücksfalles unser lieber Sohn und Bruder

Franz.

Lief betrauert von seinen Eltern, Bruder und Allen, die ihm nahe standen.

J. Kless und Frau.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 22. Januar, 10 Uhr Vormittags, vor der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Die Filiale der Maler Lübeks

ersucht alle Mitglieder, sich an der Beerdigung unseres Kollegen **Pasemann** zu beteiligen. Die Beerdigung findet vom Krankenhaus aus statt. Versammlung der Mitglieder am Mittwoch den 22. Januar, Mittags präcise 1 Uhr, bei Herrn **Leeke**, Lederstraße. Der Vorstand.

Dem Baron **Willy P.** zu seinem Wiegenfeste ein 3fach donnerndes Hoch, daß die ganze Schöpfungboden wackelt. Ob er sich wohl was merken lett? denn kommt wir all denn.

Carl Böcken zu seinem Geburtstage ein 1000 Mal donnerndes Hoch, daß sein ganze Fattfabrik up den'n Kopp so hahn kimmmt.
 Dien Fründ **K. P. B.**

Die Schweineschlachterei

von **W. Strohheldt**
 73 Glockengießerstraße 73
 empfiehlt:
 Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.
 Karbonade, Pfd. 60 Pf.
 Gef. Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.
 Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pf.
 Leber-, Bransschwieger, gefochte, geräuch.
 Prehwurst, Pfd. 60 Pf.
 Dicke Rippen, Pfd. 55 Pf.
 Pa. Flohenschmalz, Pfd. 60 Pf.
 Nur hiesige Waare.

Neu eröffnet!
 Billigster Verkauf von neuen und getragenen
Aleidungsstücken, Fußzeug, Betten,
 sowie allen Sorten
echt email. Kochgeschirr.
H. Behrens, Marlesgrube 42.

Ein Posten wenig gebrauchter
Milchfannen,
 Park verjant, 10 und 20 Liter haltend, sehr
 preiswürdig, auch einzeln zu verkaufen.
 Zu sehen **Johannisstraße 51.**

Ludw. Hartwig's Kaffee schmeckt am Besten.

Im

Inventur-Ausverkauf

empfehle als hervorragend billig:

Winter-Unterbeinkleider für Damen u. Kinder von 25 Pf. an

Damen-Capotten in Wolle 50 Pf., in seid. Chenille 1,50 M.

Damen-Blousen in Wolle 1,50 M.

Schwere Ricottailen 1,25 M.

Flanelle zu Hauskleidern, statt 2,—, jetzt 1,25 M. p. Mtr.

Loden- und Cheviot-Neste zu Kleidern spottbillig.

L. Duve, Gr. Burgstraße 32.

Restaurant **Dahmeke**, Mengstraße 6.
 Täglich: **Frei-Concert** der beliebten Damenkapelle
 „Zugvögel“

20 Schmiedstraße Neue Welt Schmiedstraße 20

Niemand verjäume es, die Concerte der vorzüglichen Tyroler Gesellschaft
Almenrausch und Edelweiss

zu besuchen.
 Anfang 7 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Auction!

am Mittwoch den 22. Januar, Morgens 9 1/2 und Nachmittags 2 1/2 Uhr anfangend, in der
Hundestraße 41 über:
 Diverse Mobilien, eine Garnitur, bestehend aus einem grabelstuhigen Sopha (Muschelgestell), 2 Herrenstühlen, 4 Rückenpolsterstühlen (rottblau), Tischstühle, div. Sophatische, Stühle, Waschkommoden, einen fast neuen Kinderwagen, eine Schiebkarre, eine fast neue Singer-Nähmaschine, 20 Mille ff. Cigaretten mit Schupmarke, einen Posten schwarzen Kammgarn, passend zu Conjuranden-Ausügen, einen gr. Posten Buckskins und diverse Uhren und Ketten u. v. A. m.
 Weitere Zusendungen Hundestraße 8 erbeten.
J. C. B. Schmehl,
 Auctionator und Exarator.

Mehrere Damen- und ein Herren-Mäskanzug sind zu vermieten **Wahmstr. 39, Fl.**
 Zu vermieten vom 1. April eine kleine fribl. Wohnung. Preis 150 M.
 Stadenstraße 43.

Zum 1. April eine Wohnung.
W. Kock, Tremser Komd bei Schwartau.
 Gesucht zu sofort ein junger

Anecht
 in Stelle eines erkrankten. Kl. Altesfähre 1.

Ein junges Mädchen wünscht Beschäftigung im nähen. Dasselbe kann auch schneiden.
 Meiserstraße 26.

Verloren am 8. d. M. ein schwarzer Pelzfragen. Abzugeben Friedenstr. 23.

Durch die Expedition des Lübecker Bodeboten, Große Altesfähre 35/37, ist zu beziehen

Die 99 Hauptfragen

der
Unfallversicherung
 Preis 25 Pfg.

Das vorliegende Büchlein ist nach amtlichem Material vollständig erörtert und zusammen gestellt, und deshalb insbesondere für Arbeiter sowie für Jedermann ein unentbehrliches Nachschlagebuch.

Deutscher Metallarbeiterverband

Mittwoch den 22. Januar,
 Abends 8 1/2 Uhr,

Versammlung

bei **F. Leeke**, Lederstrasse 3.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom Kartell.
 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1895.
 Die Ortsverwaltung.

Stadttheater in Lübeck.

Mittwoch den 22. Januar:
Ausser Abonnement.
 Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

Benefiz für **Hrn. Capellmeister v. Strauss**
 Zum 1. Male in Lübeck!

Tristan und Isolde.

Donnerstag den 23. Januar:
 72. Abonnements-Vorstellung. 6. Serie: Grün
 Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

4. Gastspiel

von **Fräulein Hermine Reichenbach**
Comtesse Guckerl.

Am 1., 2. und 3. Februar:
 Gastspiel des berühmten
Schliereer Bauertheaters.

Kinderkrankheiten.

Schluf.

Im zweiten Theile seines Vortrages gab der Referent einen kurzen Ueberblick über die Art der Behandlung der bezeichneten Krankheiten und führte diesbezüglich etwa Folgendes aus:

Schon in meinen vorherigen Ausführungen sagte ich, daß sich der menschliche Körper zur Ausscheidung von Giften vornehmlich vier seiner Organe bediene, und zwar der Lunge, der Niere, des Darmes und der Haut. Bei den ersten drei Organen kommen für die bezeichnete Thätigkeit die Schleimhäute, bei dem letzten dieses selbst in Betracht. Wir nennen unsere Methode deswegen Naturheilmethode, weil bei ihrer Anwendung nicht der Arzt, sondern die Natur selbst heilt. Der Arzt hat nur die dem natürlichen Heilprozesse sich entgegenstellenden Hindernisse zu beseitigen und die Heilbestrebung des Körpers bzw. der Natur zu unterstützen. Bei den Kindern kommt in der Regel immer die Haut für die Ausscheidung des Krankheitsstoffes in erster Linie in Betracht. Unser Bestreben ist wie aus dem oben Gesagten hervorgeht, immer den von der Natur gegebenen Weg auszunutzen. Die Bekämpfung der Krankheit ist daher auch in gewissem Sinne bei uns eine einheitliche. Wir müssen deshalb bei allen akuten Krankheiten zunächst — mit Respekt zu sagen — die Hinterpforte öffnen, d. h. den Darm befähigen, sich aller schädlichen Stoffe zu entledigen. Wenn ein Arzt diesen Weg nicht betritt, so ist er eigentlich kein Arzt.

Der zweite natürliche Weg ist der durch die Haut. Es giebt heute schon sehr viele Aerzte, die behaupten, daß, wenn eine Krankheit erst auf der Haut sei, sie dem Organismus nicht mehr schaden könne. Durch die Haut leiten wir deshalb die schädlichen Stoffe mit Hilfe von Packungen ab. Wir geben entweder Halb-, Dreiviertel- oder Ganzpackungen; dabei ist nicht gesagt, daß die Packungen unter allen Umständen zum Schwitzen führen müssen. Wie eine Packung gemacht wird, wissen ja wohl die Meisten unter Ihnen. Auch ist hier nicht der Ort und die Zeit das im Einzelnen näher zu erklären.

Allgemein will ich nur bemerken, man breitet auf dem Bett oder sonst wo eine wollene Decke von entsprechender Größe und darauf ein feuchtes, aber gut ausgetrocknetes Laken aus. Hierauf legt man den kleinen Patienten und wickelt ihn zunächst in das Laken, dann in die Decke gut ein.

Je nach Bedarf werden dann von außen Wärme- flaschen angelegt.

Die Packungen werden ebenfalls nach Bedarf, halb-, ein- oder anderthalbstündlich gewechselt. Jeder Packung muß natürlich eine gründliche Waschung vorausgehen. Auch darf man zum Abreiben nach der Waschung nicht die zur Packung benutzten Sachen nehmen, weil diese in der Regel durch die Ausdünstungen infiziert sind. So wird z. B. bei Diphtherie das abgenommene Laken einen eigenartigen Geruch und gelbe Färbung haben.

Die Folgen einer Packung werden sich sofort zeigen; das Kind wird vor allen Dingen ruhiger werden. Bei

Masern haben die Packungen den Zweck, die Masern selbst aus dem Körper herauszuholen. Bei Diphtherie wird das Gift mehr vom Halse weggeholt und über den ganzen Körper vertheilt. Man kann auch anstatt der Waschungen ein leichtes Bad anwenden. Der Aberglaube, daß durch ein Bad der Ausschlag in die Haut zurückgeschlagen könne, ist vollständig unbegründet. Auch wenn man auf die Schleimhäute der inneren Organe einwirken will, macht man für die Nacht entweder eine Rumpfober- oder Brustpackung.

Zur Reinigung der Schleimhäute des Halses bedient man sich am besten eines feuchten leinenen Lappchens, wenn das Kind gurgeln kann, ist dies vorzuziehen. Das Gurgeln sollte überhaupt jede Mutter ihren Kindern so früh wie möglich, sozusagen spielend beibringen.

Die dritte Art der Entlastung oder Ausscheidung geschieht durch die Nieren. Die Niere können wir zwar nur auf sekundäre Weise erreichen und zwar wirken wir auf sie ebenfalls je nach den Umständen durch Bäder Packungen oder Waschungen ein. Jeder Schweiß enthält z. B. genau dieselben Bestandtheile wie der Urin.

Wir haben also jetzt die Erfahrung gemacht, daß wir jede Krankheit ohne Medizin mit Erfolg behandeln und bekämpfen können. Nochmals möchte ich hier davor warnen, die Kinder mit Wein oder Bouillon zu behandeln. Wir müssen alle Gifte dem Körper fern halten. Die Bouillon ist ein eiweißreiches Nahrungsmittel. Die Mediziner gehen nun von dem Standpunkt aus, daß, da beim Fieber viel Eiweiß verbrannt wird, dem Körper solches wieder zugeführt werden müsse. Das ist ungefähr dieselbe Logik, als wenn man einen brennenden Strohdübeln mit Stroh löschen wollte.

Wir sehen ja selbst, daß sich die Natur gegen eine derartige Behandlung wehrt. Das Kind schlägt z. B. der Mutter das Glas mit dem in Cognac usw. aufgelösten Ei aus der Hand. Man soll vor allen Dingen das Kind nicht zwingen, etwas zu sich zu nehmen, was ihm zuwider ist. Was die Folgen der Krankheiten anbelangt, z. B. Lähmung in Folge von Masern, Nierenentzündung in Folge von Scharlach usw., so ist hier die Hauptsache, rechtzeitig den Arzt zu Rathe zu ziehen. Es kommt in solchen Fällen vor Allen darauf an, durch zweckentsprechende Behandlung die Nerven zu stärken, die zerrüttete Muskulatur wieder zum Wachsen zu bringen. Es ist nun natürlich keineswegs der Zweck dieser allgemeinen Ausführungen, den Arzt ganz überflüssig zu machen. Im Gegentheil; jede Krankheit ist von der anderen verschieden und richtet sich ganz nach der individuellen Veranlagung des Kindes. Diese Ausführungen können daher nur als allgemeine Verhaltensmaßregeln bis zur Ankunft des Arztes befolgt werden.

Ich glaube jetzt Sie im Allgemeinen mit dem Wesen der Kinderkrankheiten und deren Bekämpfung bekannt gemacht zu haben. Reichen Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. Nachdem dann noch vom Vorsitzenden bekannt gegeben war, daß am 12. Februar in Saale des Bürgervereins die nächste Generalversammlung des Vereins stattfinden und daß der für das gesammte Heilverfahren gewonnene, auch in der Geburtshilfe bewährte Vereinsarzt Dr. Kaninski, Beckergarbe

Nr. 41 wohne, wurde die recht zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Soziales und Partei-Leben.

Die unliebsamen Solinger Streitigkeiten scheinen in eine neue Phase getreten zu sein. Bürgerliche Blätter melden aus Solingen vom 17. d. M.: „Der sozialdemokratische Volksverein schloß den Reichstagsabgeordneten Schumacher und drei seiner Anhänger aus seiner Mitte aus.“ Ein Parteitag nach dem anderen ist durch diese Streitigkeiten behelligt worden. Immer wieder wurde Ursehde geschworen, immer wieder lohnte neuer Zwist auf. Hier muß einmal gründlich Ordnung geschafft und rücksichtslos gegen die eingegriffen werden, die an diesem schleichenden Uebel die Schuld tragen.

Aus Mainz wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: In der Schuhfabrik von Eichbaum u. Co. haben heute Abend sämtliche Maschinen-Auspüßer in Folge Lohnunterschieden ihre Kündigung eingereicht. In einer Versammlung der Arbeiter sämtlicher Schuhfabriken wurde dieses Vorgehen gebilligt. Erfolgt binnen 8 Tagen nicht die Annahme des vorgelegten Lohnantrags, so legen die Auspüßer die Arbeit nieder.

In Iserlohn haben die Former der Firma Dalhaus die Arbeit eingestellt. Es handelte sich um die Abstellung verschiedener Mißstände. Erst wollte Herr Dalhaus nicht mit den Arbeitern verhandeln; schließlich erklärte er sich dazu bereit, aber unter der Bedingung, daß alle halbe Stunde nur ein Arbeiter in's Kontor kommen dürfe, um ihm seine persönlichen Wünsche vorzubringen. Der Erste, der nun in's Kontor kam, wurde sofort entlassen; ebenso erging es auch dem Zweiten. Darauf erklärten sich die Anderen mit den entlassenen Kameraden solidarisch und legten die Arbeit nieder.

Mailand. In Leo. haben die Seidenspinner die Arbeit eingestellt; sie fordern Lohnerhöhung.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins hatte am Montag, 20. Januar, sechs öffentliche Versammlungen für alle Schneider und Näherinnen der Konfektionsindustrie Berlins (Mantelnäherinnen, Bügler, Zuschneider, Stepper, Stepperinnen, Kinderkonfektions-Näherinnen, Herrenkonfektions-Schneider und Näherinnen u. s. w. einberufen, zur Besprechung und Beschlußfassung über die Frage: „Bedenken wir Forderungen zu stellen und welche?“

Der vierte Parteitag der bauerlich-radikalen Partei der galizischen Ruthenen fand Ende des vorigen Monats unter dem Vorsitze des bekannten Schriftstellers Ivan Franko und unter Theilnahme der drei radikalen Landtags-Abgeordneten Skunewski, Nowakowski und Ostaptschuk in Lemberg statt. 30 Delegirte aus 24 Bezirken Ostgaliziens, außerdem zahlreiche Vertreter der Presse, Abgeordnete und Delegirte aus Krakau und Wien waren anwesend. Eine neue Organisation wurde beschlossen und das Parteiprogramm einer Revision unterzogen. Der erste Satz des neuen Programms lautet nun:

„Die rutheno-ukrainische radikale Partei steht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, sie strebt die Verwirklichung seiner Forderungen in allen

Die Frau von dreißig Jahren.

H. de Balzac nacherzählt.

(39. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

6. Das Alter einer strafbaren Mutter.

An einem der ersten Tage des Monats Juni im Jahre 1844 ging eine Dame von ungefähr fünfzig Jahren, die aber noch weit älter schien, in den Garten eines in der Rue Plumet zu Paris gelegenen Hotels im Sonnenschein spazieren. Nachdem sie zwei- oder dreimal den Fußpfad durchschritten hatte, auf dem sie blieb, um nicht die Fenster eines Gemaches, das ihre ganze Aufmerksamkeit zu fesseln schien, aus dem Auge zu verlieren, setzte sie sich auf einen dieser halbländlichen Stühle, wie sie aus jungen noch mit der Rinde überzogenen Baumzweigen angefertigt werden. Von dem Platze aus, auf dem sich dieser elegante Stuhl befand, konnte die Dame durch eines der Umfassungsgitter sowohl die inneren Boulevards, in deren Mitte der bewundernswürthe Dom der Invaliden steht, der seine goldene Kuppel unter den Gipfeln von tausend Kaminen, einer herrlichen Landschaft, erhebt, als auch das weniger großartige Schauspiel ihres Gartens überblicken, der durch die graue Facade eines der schönsten Hotels des Faubourgs-Saint-Germain begrenzt wird.

Dort herrschte überall Schweigen, in den Nachbargärten, auf den Boulevards und in dem Invalidenhause, denn in diesem vornehmen Stadtviertel beginnt der Tag erst zur Mittagstunde. Wenn es nicht aus Laune geschieht, wenn nicht eine junge Dame ausreiten oder ein alter Diplomat eine Verhandlung aufnehmen will, schläft oder erwacht erst zu dieser Stunde alles: Diener wie Herren.

Die alte Dame, die sich schon so früh aufbefand, war die Marquise von Mignemont, die Mutter der Frau von

Saint-Herren, der dieses schöne Hotel gehörte. Die Marquise hatte sich um ihrer Tochter willen, der sie ihr ganzes Vermögen abgetreten, alles entzogen und sich nur eine unbedeutende Pension vorbehalten. Die Gräfin Minna von Saint-Herren war das jüngste Kind der Frau von Mignemont.

Um ihr die Vermählung mit dem Erben eines der erlauchtesten Häuser Frankreichs zu ermöglichen, hatte die Marquise alles geopfert. Nichts war natürlicher: sie hatte hintereinander zwei Söhne verloren, der eine, Gustav, Marquis von Mignemont, war an der Cholera gestorben; der andere, Abel, war vor Konstantine gefallen. Gustav hinterließ Kinder und eine Wittwe. Aber die ziemlich laue Liebe, die Frau von Mignemont zu ihren beiden Söhnen gehegt hatte, war bei dem Uebergang auf ihre Enkel noch geschwächt worden.

Mit Gustavs Frau stand sie auf äußerlich artigem Fuße, aber es blieb doch bei dem oberflächlichen Gefühle, das uns guter Ton und Anstand den Verwandten zu zeigen vorschreibt.

Da das Vermögen ihrer gestorbenen Kinder vollkommen geregelt war, so hatte sie für ihre liebe Minna ihre Ersparnisse und ihr Privatvermögen aufbewahrt. Schön und entzückend von Kindheit an war Minna für Frau von Mignemont stets der Gegenstand einer dieser bei Familienmüttern angeborenen oder unwillkürlichen Vorliebe gewesen, unheimliche Sympathien, die unerklärlich scheinen oder die die Beobachter nur allzu wohl zu erklären wissen.

Minnas reizende Gestalt, der Ton der Stimme dieser geliebten Tochter, ihr Benehmen, ihr Gang, ihr Gesicht, ihre Geberden, alles an ihr erweckte in der Marquise die tiefsten Gemüthsbewegungen, die das Herz einer Mutter erschüttern oder bezaubern können. Der Urquell ihres gegenwärtigen, zukünftigen und vergangenen Lebens lag und liegt in dem Herzen dieser jungen Frau,

in das sie alle ihre Schätze hineingelegt hatte. Minna hatte glücklich vier Kinder, ihre ältesten, überlebt.

Frau von Mignemont hatte nach dem Urtheile der Leute aus der höheren Welt in der That in der unglücklichsten Weise eine reizende Tochter verloren, deren Schicksal fast ganz unbekannt war, und ein kleiner Knabe im Alter von fünf Jahren war ihr durch einen gräßlichen Unglücksfall geraubt worden.

Ohne Zweifel erblickte die Marquise eine Vorbedeutung des Himmels in der Achtung, die das Schicksal vor der Tochter ihres Herzens zu haben schien, und bewahrte ihren nach der Laune des Todes schon dahingesunkenen Kindern nur schwache Erinnerungen, die in der Tiefe ihrer Seele blieben, gleich jenen auf einem Schlachtfelde aufgeworfenen Grabhügeln, die schon oft unter den Blumen des Feldes verschwunden sind.

Die Welt hätte die Marquise vor strengen Rechenschaft über diese Sorglosigkeit und Vorliebe ziehen können; aber die Welt von Paris wird durch einen solchen Strom von Ereignissen, Moden, neuen Ideen fortgerissen, daß das ganze Leben der Frau von Mignemont gewissermaßen vergessen sein mußte. Niemand dachte daran, ihr aus einer Kälte, einem Vergessen, die Niemanden interessirten, ein Verbrechen zu machen, während ihre lebhafteste Bärtlichkeit gegen Minna viele Leute interessirte, und die ganze Heiligkeit einer Voreingenommenheit hatte. Uebrigens ging die Marquise wenig in die Welt, und den meisten Familien, die sie kannten, erschien sie gut, fromm, sanft, nachsichtig.

Muß man nicht ein sehr lebhaftes Interesse haben, wenn man über diesen äußeren Schein hinausgeht, mit dem sich die Gesellschaft befriedigt? Verzeiht man ferner den Greisen nicht, wenn sie nur noch wie Schatten einhergehen und nichts mehr als bloße Erinnerung sein wollen?

Kurz, Frau von Mignemont war ein von den Kindern

seinen Konsequenzen ebenso auf dem politischen wie ökonomischen und kulturellen Gebiete an und erklärt, daß die Durchführung aller unserer sozialistischen Ideale nur bei der vollständigen Unabhängigkeit des rutheno-ukrainischen Volkes und bei dem unbeschränkten Rechte der Selbstverwaltung möglich ist." Der erste Satz des politischen Theiles des Programms enthält folgende Forderungen: "Wir fordern das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht mit der Abschaffung der Wahlkammern (Kurien) für alle Reichs-, Land-, Bezirks- und Kommunal-Vertretungen. Unter dem Wahlrecht verstehen wir ebenso das aktive wie passive Wahlrecht. Dasselbe soll auch auf die Frauen ausgedehnt werden. Wir fordern die Abschaffung des Herrenhauses." Vor Beendigung des Parteitages wurde beschlossen, Kondolenztelegramme an die Wittwen des bekannten ukrainischen Schriftstellers und Agitators Dragomanow und des russischen Schriftstellers Stepniak abzuschicken.

Aus Nah und Fern.

Flensburg. Grober Unfug. Der Redakteur Jessen vom "Flensb. Avis" soll bei Gelegenheit einer politischen Versammlung in Hellewatt am 29. November v. J. sich eines zweifachen groben Unfugs schuldig gemacht haben, einmal dadurch, daß er die Dänischgesinnten aufforderte deutsche Gewerbetreibende zu boykottieren und sodann dadurch, daß er das Lied "Der tapere Landsoldat" verlas. Dieser Tage stand nun diese Anklage zur Verhandlung vor dem Apenrader Schöffengericht. Der Angeklagte war nicht erschienen. Der Amtsanwalt beantragte für den ersten Fall 100 Mk. Geldbuße und für den zweiten Fall 6 Wochen Haft. Das Gericht stellte nur eine strafbare Handlung fest, erkannte aber mit Rücksicht auf die zahlreichen Vorstrafen des angeklagten Redakteurs Jessen auf 6 Wochen Haft.

Harburg. Preßprozeß. Wegen Beleidigung der Polizeibehörde in Lüneburg wurden am Donnerstag der Redakteur Thiel vom "Volksblatt" und der Genosse Ottawa in Lüneburg von der Strafkammer des Landgerichts in Lüneburg zu 3 Wochen Gefängniß bzw. 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Thiel 3 Monate, gegen Ottawa 4 Wochen Gefängniß beantragt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel des "Volksblatt" vom November v. J. gefunden.

Der Steckbrief gegen den Hochstapler Dr. Fritz Friedmann ist von der Berliner Staatsanwaltschaft erlassen worden. Da Dr. Fritz Friedmann allem Anschein nach sich in Paris aufhält, so kommen, wie das "Berl. Tageblatt" bemerkt, für die Frage seiner eventuellen Auslieferung die Bestimmungen des mit Frankreich abgeschlossenen Auslieferungsvertrages in Betracht. Da der flüchtige Rechtsanwalt wegen Unterschlagung von Geldern, die ihm in seiner Eigenschaft als Anwalt anvertraut wurden, verfolgt wird, dürfte seine Ueberantwortung an die deutschen Behörden, falls man seiner Habhaft wird, auf Grund des Punktes 7 des genannten Vertrages erfolgen. Der in Rede stehende Passus lautet: "Die Auslieferung erfolgt auch wegen eines seitens einer Privatperson begangenen Unterschlagung, falls die vorliegende Handlung nach französischem Recht als abus de confiance, Vertrauensbruch (art. 408 des code pénal), strafbar erscheint." — Einen zweiten Steckbrief (wegen Bestechung) hat die Halberstädter Staatsanwaltschaft hinter Friedmann erlassen. Wie die Blätter melden, ist Friedmann, der freisinnige Hammerstein, in Versailles von Berlinern gesehen worden. Er hat sich jedoch sofort "unsichtbar" gemacht.

ihren Eltern, von den Schwiegerhöhen ihren Schwiegermüttern zur Nachachtung angeführtes Musterbild. Zufrieden über das Glück der jungen Gräfin und nur durch sie and für sie lebend, hatte sie Minna vor der Zeit ihr Vermögen abgetreten.

Wenn vorsichtige Greise, griesgrämige Onkel diese Handlungsweisen tabelten und sagten: "Frau v. Niglemont wird vielleicht eines Tages bereuen, daß sie ihr Vermögen ihrer Tochter abgetreten hat, denn ist sie, wenn sie auch das Herz der Frau von Saint-Herren kennt, eben so der Moralität ihres Schwiegerohnes sicher?" so erhob sich gegen diese Propheten ein allgemeines Petergeschrei und von allen Seiten ertönten Loblieder auf Minna.

Seit ungefähr sechs Monaten war der Graf v. Saint-Herren verreist, um eine politische Botschaft auszuführen. Während dieser Trennung hatte sich Minna, die mit allen Eitelkeiten der eleganten Dame noch den launischen Willen des verhätschelten Kindes verband, sei es aus Leichtfinn, sei es um den tausend Koketterien der Frau zu gehorchen und vielleicht um die Macht derselben zu versuchen, damit ergötzt, mit der Leidenschaft eines feinen, aber herzlosen Mannes, der sich für liebestrunken ausgab, ihr Spiel zu treiben, freilich trunken nur von der Liebe, mit der sich all die kleinen, gesellschaftlichen und lächerlichen Leidenschaften eines Geden vereinigen.

Frau von Niglemont, die aus langer Erfahrung das Leben kennen, die Männer beurtheilen und die Welt fürchten gelernt, hatte den Verlauf der Liebesintrigue beobachtet und ahnte den Untergang ihrer Tochter, die sie in die Hände eines Mannes, dem nichts heilig war, gefallen sah.

War es für sie nichts Furchtbares, in dem Manne, den Minna mit Vergnügen anhörte, einen Wüßling zu erkennen?

Das letzte Opfer der Gummischlauch-Geldenthaten, Genosse Robert Schmidt, der Reichstagsabgeordnete für den 5. Berliner Wahlkreis, ist am Vorabend des Reichstagsgründungstages wieder in die preussische Freiheit zurückgekehrt, nachdem er 5 Monat in Plöbensee zubracht hat. Seine Entlassung schließt die Nachwehen der polizeilichen Thaten am Friedrichshain ab, die am 18. Januar zum zweiten Male jährt. Schmidt hatte, wie es sich für einen sozialdemokratischen Redakteur ziemt, die berühmte Arbeitslosen-Versammlung und das Trauerspiel, welches ihr folgte, im "Vorwärts" besprochen, und war dafür mit einer Anzahl anderer oppositioneller Kollegen unter Anklage gestellt worden. Es wurde eingeworfen, daß der Gummischlauchprozeß vor Draufwetter kam und Draufwetter sprach von allen harten "Strafen", die er in diesem Prozeß verurtheilte, über Schmidt, als dem Redakteur des gehäßten "Vorwärts", die härteste aus. Weil Schmidt sein Reichstagsmandat auszuüben hatte, konnte er nunmehr erst "die Sache abmachen". Schmidt wird, allen Verfolgungen zum Trotz, frohen Sinnes weiter den Kampf kämpfen um die Befreiung seines Volkes von politischem und ökonomischem Druck. Der Mann, dem er seine Strafe dankte, ist heute im Irrenhaus — die Nacht des Wahnsinns umhüllt den Armen! Wir brauchen diese Gegensätze nicht weiter auszuspiinnen!

Ein liebevoller Gatte. Die W.'schen Eheleute, so erzählt das "Leipz. Tagebl.", waren nach Halle gekommen. Dabei hatten sie des Guten in geistigen Getränken zu viel gethan, so daß ihnen der Heimweg am Abend schwer wurde. Sie machten deshalb im Chaussee-Graben, nahe dem Uebergange über die Halle-Kasseler Bahn, Rast. Als es dem Ehemann zu kühl wurde, suchte er seine Ehefrau, die vor Müdigkeit eingeschlafen war, zu ermuntern, was ihm indessen nicht gelang. Ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, ging der Mann allein nach Hause und legte sich zu Bett. Am anderen Morgen machte er sich mit einem Handwagen nach der Stelle auf, wo er seine Frau zurückgelassen hatte. Dieselbe hoekte noch im Chaussee-Graben, war aber leider — erfroren.

Die Strafkammer in Zabern sprach den Herausgeber des "Zaberner Anzeiger" Wiebicke von der Anklage frei, durch Abdruck von Landesausschuß-Berichten aus der amtlichen Korrespondenz in unbefugter Weise "Politik" getrieben zu haben. Wiebicke hatte die betreffenden Nachrichten veröffentlicht, ohne die nach den noch im Reichslande geltenden französischen Preßgesetzen für politische Zeitungen erforderliche Kaution hinterlegt zu haben. Der Antrag auf Verbot des "Zaberner Anzeigers" wurde gleichfalls abgelehnt. Der Prozeß hatte in den Reichslanden ziemlich Aufsehen erregt.

Eine nationalliberale Leuchte. In Frankfurt a. M. bildet die Verhaftung des Rechtsanwalts Dr. Ludwig Joseph das Tagesgespräch. Der "Voss. Zeitung" schreibt man darüber: Der Verhaftete spielte im Vereinsleben von Frankfurt eine ziemlich Rolle und saß auch im Vorstand des Nationalliberalen Vereins. Dr. Joseph ist ein bayerischer Referendariat, war im vorigen September zu den Herbstübungen eingezogen, und soll nun während seiner Dienstleistung bei einer Besichtigung der Quartiere gegen die Tochter eines Mühlenbesizers in Unterfranken Gewalt (§ 176) gebraucht haben. Da der Vorfall erst nach beendeter Dienstleistung zur Anzeige gelangte, so waren die bürgerlichen und nicht mehr das Militärgericht zuständig, und nach gerichtlicher Vernehmung der Zeugen erließ die Staatsanwaltschaft in

Ihr geliebtes Kind befand sich also am Rande eines Abgrundes. Sie war leider nur zu überzeugt davon und wagte diesen Gedanken nicht festzuhalten, denn sie zitterte der Gräfin gegenüber. Sie wußte im Voraus, daß Minna keine ihrer klugen Warnungen anhören würde; über diese gegen sie eiserne und gegen alle Uebrige weiche Seele hatte sie keine Gewalt. Ihre Zärtlichkeit würde sie verleitet haben, an den unglücklichen Folgen einer Leidenschaft, die sich durch die edlen Eigenschaften des Verführers entschuldigen ließ, Antheil zu nehmen, aber ihre Tochter folgte einem Antriebe der Koketterie, und die Marquise verachtete den Grafen Alfred v. Vandenesse, da sie wußte, daß er der Mann dazu war, seinen Kampf mit Minna wie eine Schachpartie zu betrachten. Obgleich Alfred v. Vandenesse dieser unglücklichen Mutter Entsetzen einflößte, war sie doch gezwungen, die letzten Gründe ihrer Abneigung in der tiefsten Falte ihres Herzens zu vergraben.

Sie war mit dem Marquis von Vandenesse, Alfreds Vater, auf das Innigste befreundet, und dieses in den Augen der Welt achtungswerthe Verhältnis berechnete den jungen Mann, Frau von Saint-Herren, die er von Kindheit an leidenschaftlich zu lieben vorgab, freundschaftlich zu besuchen. Ueberdies würde sich Frau von Niglemont vergeblich entschlossen haben, zwischen ihre Tochter und Alfred von Vandenesse ein schreckliches Wort, das sie getrennt hätte, zu werfen; sie war vollkommen überzeugt, daß es ihr trotz der Gewalt dieses Wortes, das sie in den Augen ihres Kindes entehrt hätte, nicht gelingen würde. Alfred war zu verdorben; Minna besaß zu viel Geist, um an diese Enthüllung zu glauben und die junge Wittomtesse hätte dieselbe verpöppet und als mütterliche List aufgefaßt. Frau von Niglemont hatte ihr Gefängniß mit eigenen Händen gebaut und sich darin fest gemauert.

Uchaffenburg, zu deren Bezirk der Thortort gehört, einen Haftbefehl. Dieser traf den Angeschuldigten wie ein Blitz aus heiterem Himmel; denn er sollte an demselben Abend einen Vortrag über das Handelsgesetzbuch im Kaufmännischen Verein halten.

Mannheim. Wieder Einer! Das hiesige Schwurgericht verurtheilte den Pfarrer Dekan a. D. Wilhelm Einwächter aus Hüffenhardt wegen Unterschlagung von 37 000 Mk. Kirchengeldern zu 7 Jahren Gefängniß. Es wurde festgestellt, daß die Unterschlagungen sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren ausgedehnt hatten. Die Verschleierung seiner unredlichen Kassenführung war dem Angeklagten durch eine höchst mangelhafte Kontrolle möglich geworden.

Germanische Jugend. In Bamberg wurden kürzlich zehn Gymnastiken entlassen, weil sie an Kneiperien "mit Damen" theilgenommen hatten. Jetzt meldet man aus Bamberg, daß vorläufig auch vier Schülerinnen der höheren Töchterschule, deren Theilnahme an den Kneiperien der Schülerverbindung erwiesen ist, ebenfalls aus der Schule entlassen worden sind.

Kopenhagen. Das Begräbniß eines Arbeiters, das am Sonntag hier stattfand, gestaltete sich, wie der "Leipz. Volksztg." von dort berichtet wird, zu einer großartigen Demonstration. Der Verstorbene war in keiner Weise ein in der Öffentlichkeit bekannter Mann gewesen und trotzdem standen Kopf an Kopf gedrängt in einer mächtigen unübersehbaren Versammlung etwa 10 000 Menschen an seinem Grabe. Er hatte sein ganzes Leben lang still und ehrlich gearbeitet, hatte menschlich viel Schweres tragen müssen und war dazu immer arm gewesen. Er war seinen Bekannten ein treuer Kamerad und dem Kampfe seiner Klasse ein stiller Bundesgenosse gewesen — kurz, sein Leben war ein Arbeiterschicksal gewesen, wie es sich tausendfach wiederholt und sicherlich wäre er ohne jedes Aufsehen — sozusagen hinten herum — aus der kapitalistischen Welt herausgeschafft worden, wenn nicht — ja, wenn nicht die Priester der Liebe beschloßen hätten, diesen ihren Feind zur Abwechslung einmal zu hassen. Der Verstorbene hatte nämlich die schwarze Unthat begangen, seine Ehe nicht kirchlich einsegnen zu lassen und darob verweigerten ihm nun die Kopenhagener Pastoren wie ein Mann das kirchliche Begräbniß. Die unglückliche, schwergebeugte Wittwe lief weinend von Pastor zu Pastor und bat um ihrer und der Kinder willen, die "Sünde" des Verschiedenen zu übersehen, aber die evangelische Barmherzigkeit zuckte kaltblütig wie ein mit allen Hunden gehekzter Geschäftsmann die Achsel und bedauerte höflich. Es bestände eine Verabredung, ein Beschluß, sie wären gebunden; es ging nicht. Und so kam es, daß der stille Arbeiter, da indessen die Sache in der Presse ruchbar geworden war, 10 000 Menschen an seinem Grabe versammeln konnte, die gegen die Priesterhärte protestieren wollten. Im Garten des Arbeiter-Versammlungshauses, also auf dem eigenen Grund und Boden der Arbeiter, fand die imposante Feierlichkeit statt, ein Arbeiter hielt eine in ihrer Schlichtheit ergreifende Ansprache und Arbeiter sangen einige getragene Gesänge. Aus einem einfachen Begräbniß wurde eine mächtige Volksfeier und die Intoleranz der Priester fällt mit Keulenschlägen auf sie selbst zurück. Es ist dies hier das erste sozialdemokratische Begräbniß ohne Geistlichkeit — es wird jedoch nicht das letzte sein. Die Kirche hat hier in einem Lande, wo ihr Einfluß noch verhältnismäßig groß ist, einen schweren Schlag bekommen. Es werden andere nachfolgen, die kirchliche Autorität fällt zusammen und damit ist dem Fortschritt ein brutaler Stoß aus dem Wege geräumt.

Sierin sollte sie sterben und Zeuge sein, wie das schöne Leben Minnas, dieses zu ihrem Ruhme, ihrem Glücke und ihrem Troste gewordene Leben, ein für sie tausendmal theureres Dasein als ihr eigenes, zu Grunde ginge. Gräßliche, ungläubliche, unaussprechliche Leiden, ein Abgrund ohne Boden!

(Schluß folgt.)

Litterarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. G. W. Dieck' Verlag) ist das 16. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Gründung des Deutschen Reichs. — Die Kämpfe ums Burenland. Von Ed. Bernstein. — Stepniak. Von Vera Saffulitsch. — Gerhart Hauptmanns Florian Geher. Von J. Mehring. — Die Schwefelsäure und Soda-Arbeiter. Von Heinrich Vogel. (Schluß.) — Litterarisches Rundschau. — Notizen: Zur Entwicklung der Geldwirtschaft und der Großindustrie in Britisch-Indien. — Feuilleton: Die Armen in Hamburg während des 16., 17. und 18. Jahrhunderts. Von Gustav Schönlebe. (Schluß des zweiten Theils.)

Die Gewerbeinspektion in Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich, der Schweiz u. Kritische Darstellung ihrer Geschichte und ihres gegenwärtigen Zustandes. Von Dr. Max Quard. Verlag von W. v. B. u. C. o. m. p., Nürnberg. Preis 20 Pf. Dieses Schriftchen unserer auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Fabrikinspektion als Spezialkenner bekannten Genossen Quard liefert zum ersten Male eine Uebersicht über die Fabrikinspektion der ganzen Welt in gedrängter Darstellung, während man bisher nur besondere Schriften mit älteren Angaben über England, Amerika u. hatte; und sie giebt außerdem zum ersten Mal eine Darstellung der Geschichte und des Standes der sämtlichen 25 deutschen Einzelstaaten von Preußen bis auf Süddeutschland herab. Das unbeschreibliche Kunterbunt von Einrichtungen, das hier mit großem Fleiß und eingehender Sachkunde aus dem "einigen" deutschen Reich dargestellt wird, sowie die Schilderung der ausländischen Gewerbeinspektionen liefern so dankbaren und bis jetzt oft ganz unbekanntem Stoff für die mündliche und schriftliche Agitation, daß die Schrift bald für Politiker und Gewerkschaftler ein unentbehrliches Nachschlagewerk geworden sein wird.